Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 125. Mittwoch, 31. Mai 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 24.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 1.50 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 4.50 Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 1 Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wir geben hiermit bekannt, daß das Schulgeld an der Oberrealschule von Ostern 1922 ab für Kinder hiesiger Einwohner auf 600 M., für Kinder auswärts wohnender erziehungspflichtiger Reichsinländer auf 1200 M. und für Kinder von Reichsausländern auf 3000 M. festgesetzt worden ist.

Vom gleichen Zeitpunkte ab sind die Aufnahmegebühren auf 50 M., die Abgangsgebühren, wenn der Schüler die Anstalt mit dem Reifezeugnis verläßt, ebenfalls auf 50 M. und, wenn er sie ohne Reifezeugnis verläßt, auf 30 M. erhöht worden.

Reichsausländer haben entsprechend 250 M. und 150 M. zu entrichten.

Der Rat der Stadt Riesa, am 29. Mai 1922.

Kirschenverpachtung.

Nächsten Dienstag, den 6. Juni, nachmittags 7 Uhr findet im Restaurant „Gute Quelle" in Heyda die Verpachtung der Kirschennutzung meistbietend statt.

Der Gemeindevorstand.

Auszahlung der Sozialrentnerunterstützung in Gröba.

Die Auszahlung der Sozialrentnerunterstützung, die für 6. Juni 1922 vorgesehen war, kann nicht stattfinden. Der Auszahlungstag wird noch später bekanntgegeben.

Gröba (Elbe), am 30. Mai 1922. Der Gemeindevorstand.

Milchverkauf auf Rittergut Merzdorf.

Vom 1. 6. 1922 ab wird die Milch auf unserem Rittergute Merzdorf täglich vormittags von ½7—½8 Uhr und nachmittags von ½5—½6 Uhr an bezugsberechtigte Gröbaer und Merzdorfer Einwohner zum Preise von 6,60 M. für 1 Liter verkauft.

Gröba (Elbe), am 30. Mai 1922. Der Gemeindevorstand.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 31. Mai 1922.

—* **Die Eintragungslisten für das Volksbegehren.** Vom Dienstag, den 6. Juni, bis mit Montag, den 19. Juni d. J., liegen bei den Gemeindebehörden die Eintragungslisten für das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages aus. Die Listen tragen im Kopf folgenden Vermerk: „Die Unterzeichneten begehren, daß ein Entscheid über die Auflösung des Landtages herbeigeführt werde." Die Eintragung hat wochentags während der üblichen Geschäftsstunden, an den Sonntagen während dreier Vormittagsstunden zu geschehen. Ort und Stunden geben die Gemeindebehörden in der ortsüblichen Weise bekannt. Stimmberechtigt ist, wer in der Wählerliste seines Wohnortes für die Landtagswahl am 14. November 1920 eingetragen ist oder zu dieser Wahl einen Wahlschein besessen hat. Wer in der Abstimmungszeit von Hause abwesend ist, muß sich bei der Wahlbehörde seines Wohnortes einen Stimmschein ausstellen lassen. Seit der letzten Landtagswahl nach anderen Orten verzogene Personen müssen vor der Eintragung ihre Stimmberechtigung nachweisen. Das müssen auch diejenigen tun, die inzwischen das wahlberechtigte Alter (bis zum 19. Juni 1922 20 Jahre alt) erreicht haben. Der Nachweis geschieht durch Geburtszeugnis oder Familienstammbuch und Einwohnermeldeschein. Gegen die Ablehnung der Zulassung zur Eintragung ist Einspruch zulässig. Gibt die Gemeindebehörde dem Einspruch nicht alsbald statt, so entscheidet die Aufsichtsbehörde binnen einer Woche. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß die Eintragungen möglichst am Anfange der Eintragungsfrist vorgenommen werden. Die Eintragung muß enthalten: 1. Vor- und Zunamen, bei verheirateten oder verheiratet gewesenen Frauen auch den Geburtsnamen, 2. Stand, Beruf oder Gewerbe, 3. Bezeichnung der Wohnung. Die Eintragungen, die die Person des Eintragenden nicht zweifelsfrei erkennen lassen, also obige Angaben nur unvollständig enthalten, sind ungültig.

—* **Auszugsweiser Bericht** über die am 23. Mai 1922 in der Bahnhofswirtschaft in Riesa stattgehabte Sitzung des **Pflegeausschusses im Wohlfahrtspflegeverband Riesa.** 1. **Geschäftsbericht.** Von dem Jahresberichte auf das Geschäftsjahr 1921/22 (1. April 1921—31. März 1922) nimmt man Kenntnis. Aus diesem sei Folgendes bemerkt: Untergebracht gewesen sind: 1 erwachsene weibliche Person und 1 Knabe in der Heilstätte Zschadraß, 1 Jugendlicher in der Heilstätte Albertsberg, 3 Kinder in dem Kindererholungsheim Hintergersdorf, 4 Kinder in der Kinderkolonie Adelsberg, 10 Kinder in der Schweiz, 4 Kinder im Kinderheim Wieck auf Rügen, 30 Mädchen und 10 Knaben im Bethlehemstift Augustusbad bei Radeberg. 5 Krüppelfälle sind durchgeführt worden, zum Teil durch Behandlung in einem Krüppelheime. Beihilfen sind gewährt worden: 3 in Tuberkulosefürsorgefällen, 3 in Krüppelfürsorgefällen, 2 auf dem Gebiete des Mutterschutzes, 2 auf dem Gebiete der Kleinkinderfürsorge. 2 Mütter haben Beihilfen zu einer Kur in Bad Elster erhalten. An 3 Kinder ist Buttermehlnahrung verabreicht worden. 3 Ziehmütter haben je 100 M. Ziehprämie für gute Erziehung von Ziehkindern erhalten. Es haben aufzuweisen: die Säuglingsberatungsstelle Riesa 733 Besuche, die Säuglingsberatungsstelle Gröba 448 Besuche, die Tuberkuloseberatungsstelle Riesa 230 Besuche, die Tuberkuloseberatungsstelle Gröba 163 Besuche, die Sprechstunde der Bezirkspflegerin 388 Besuche. 2. **Lungenliegestätte.** Die Frage der Errichtung einer Lungenliegestätte wird zur Zeit zurückgestellt. 3. Die aufgestellten „Besoldungsvorschriften für die Beamten des Wohlfahrtspflegeverbandes Riesa" werden genehmigt. 4. In einer **Krüppelsache** soll durch den Fürsorgearzt ein Gutachten des Sächsischen Krüppelheims herbeigezogen werden. 5. Die **Vergütung der Fürsorgeärzte** wird den Zeitverhältnissen entsprechend erhöht. 6. **Quäkerspeisung:** Die Kosten für den Transport der fertigen Speisen von der Kochstelle in Riesa nach den Schulen werden auf den Wohlfahrtspflegeverband übernommen. Es ist die Wahrnehmung gemacht worden, daß an der Quäkerspeisung Kinder teilnehmen, welche einer Beschäftigung nachgehen bezw. Aufwartedienste verrichten. Den Eltern dieser Kinder, die doch nur wegen ihrer körperlichen Bedürftigkeit zur Quäkerspeisung zugelassen worden sind, wird dringend empfohlen, dieselben von einer Beschäftigung fernzuhalten, damit der Nutzen für dieselben, der ihnen durch die Teilnahme an der Quäkerspeisung zugute kommt, nicht wieder preisgegeben wird. 7. **Haushaltplanberatung.** Der vorgelegte Haushaltplanentwurf auf das Geschäftsjahr 1922/23 schließt mit einem Bedarf von 271 036 M. 05 Pf. ab. Er wird genehmigt. In dem Haushaltplan sind unter anderem vorgesehen: 3000 M. für Mutterschutz, 2000 M. für Kleinkinderpflege, 30 000 M. für Krüppelhilfe, 50 000 M. für Tuberkulosefürsorge und Unterbringung von erholungsbedürftigen Kindern, 3000 M. zur Fürsorge für Kinder, deren Ernährer Freiheitsstrafe verbüßen muß, 1000 M. für Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten.

—* **Aus den Landtagsausschüssen.** Der Haushaltsausschuß A erledigte gestern eine Petition um höhere Unterstützung des Instituts für experimentelle Pädagogik und Psychologie in Leipzig. Sie wurde abgelehnt. Ein Gesuch um Unterstützung des Schulmuseums in Dresden wurde der Regierung zur Erwägung überwiesen. Bei der Abstimmung über die seinerzeit an den Ausschuß zurückverwiesenen Polizeikapitel fand die Regierung für diese hochwichtige Angelegenheit auch diesmal keine Mehrheit. Die Kommunisten stimmten mit den Bürgerlichen gegen Kap. 48. Die Unabhängigen hatten ihre ablehnende Haltung aufgegeben. Ebenso wurde § 3 des Finanzgesetzes für 1922 abgelehnt. Ob die Kommunisten bis zur Verabschiedung im Plenum doch noch zum Umfall gebracht werden, ist zweifelhaft. — Der Rechtsausschuß trat in die Einzelberatung zum Schulbedarfsgesetz ein und erledigte die §§ 1 bis 11 „Träger der Schullasten und Anstellungsverhältnisse der Lehrer" in erster Lesung. Die Anträge der Rechten wurden bis auf einen abgelehnt. — Der Sonderausschuß zur Behandlung des Gesetzentwurfes über eine Gemeindeordnung beriet den § 6: Aufsicht über die Gemeinden betr. — Zur Vorberatung über die hierzu eingegangenen Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt.

—* **Blitz-Fahrplan.** Die Sommerausgabe des allgemein beliebten **Blitz-Fahrplanes** erschien soeben im Verlage der Firma M. u. R. Jocher in Dresden und ist bei den Bahnhofsbuchhändlern und in allen einschlägigen Geschäften für den billigen, festen Preis von 12 Mark zu haben. Neben der bekannten Gründlichkeit in der Bearbeitung der Eisenbahn-Fahrpläne besitzt der „Blitz" den besonderen Vorzug, daß er die Fahrpläne des staatlichen Kraftwagenverkehrs lückenlos enthält. Dampfschiff-Fahrplan, Postkurse, elektrischer Kleinbahnverkehr, sowie ein Messe- und Märkteverzeichnis vervollständigen seinen Inhalt und gestalten den „Blitz" zum besten Ratgeber für jeden Reisenden.

—* **Geldlotterie.** Dem Landesverein Sächsischer Heimatschutz in Dresden wurde eine Geldlotterie von 200 000 Losen zu 5 Mark genehmigt, deren Ziehung am 20. bis 24. Juni stattfindet. Im günstigsten Falle sind 100 000 Mark zu gewinnen, wenn die Prämie von 60 000 Mark und der erste Hauptgewinn von 40 000 Mark zusammenfällt. Ferner sind noch 20 000 Mark, 10 000 Mark, 5000 Mark zu gewinnen, im Ganzen 11 612 Geldgewinne mit 300 000 Mark. Lose sind von der Firma Ad. Müller u. Co., Leipzig, Brühl 10/12, sowie durch alle sächsischen Lotterie-Einnehmer zu beziehen.

—* **Wetterlage.** Das amtliche Berliner Wetterbüro beurteilt die Wetterlage für die nächsten Tage wie folgt: Jetzt hat sich das festländische Hochdruckgebiet, das durch das skandinavische Tief nach Westen zurückgedrängt worden war, wieder ostwärts bis Mittelrußland ausgebreitet, während sich ein neues atlantisches Tiefdruckgebiet langsam dem europäischen Nordmeer zu nähern scheint. Wir haben daher für das ganze Binnenland zunächst trockenes, überwiegend heiteres und wieder wärmeres Wetter, später vereinzelte Gewitter zu erwarten, an der Küste Regen.

* **Gröba** (Elbe). Gestohlen wurde am 30. Mai 1922, vormittags 10¾ Uhr vor der hiesigen Ortskrankenkasse ein neues Herrenfahrrad Marke Seidel-Germania, Nummer unbekannt, schwarzer hoher Rahmenbau, gelbe Felgen, gerade Lenkstange, gelber Ledersattel und Tasche, diese unten mit Oel durchtränkt, Freilauf, neue graue Gummibereifung gez. Prima Fulda, hinteres Schutzblech mit S. u. R. gezeichnet. Wert 5000 Mark. Sachdienliche Mitteilungen werden an die Polizeiwache Gröba erbeten.

Jakobsthal. Sonntag nachmittag 3 Uhr fand die Einholung der Glocken durch feierlichen Festzug mit anschließender Weihefeier statt.

)(**Pirna.** Dem „Pirnaer Anzeiger" zufolge wurde Montag von Mitgliedern des Reichsverkehrsministeriums unter Beteiligung der zuständigen Strombaubehörden mit dem Regierungsdampfer „Hermann" eine Stromberefjung der Elbe unternommen. Es handelt sich um die Besichtigung wichtiger Stromanlagen und Regulierungen.

Löbau. Die neue Beamtenbesoldungsverordnung der Stadt ist von der Kreishauptmannschaft beanstandet worden, u. a. darum, weil sie in bezug auf Einstufung den Beamten zu weit entgegenkommt. Die Stadtverwaltung hat jedoch einmütig beschlossen, das Schiedsgericht anzurufen, um die Beamten möglichst lange in dem Genusse der von der Stadt beschlossenen Gehälter zu belassen.

* **Nabenau.** Am Mühlberg wurde hier in einer der vergangenen Nächte ein Schutzmann von zwei unbekannten Männern überfallen. Er wurde am Kopfe so schwer verletzt, daß er zusammenbrach. Auch sein Begleithund wurde erschlagen. Nur mit Mühe konnte der Niedergeschlagene sich nach Rückkehr der Besinnung nach Hause schleppen.

Wilischthal. Auf der Martenberger Chaussee verunglückte oberhalb der Finkenburg der Kraftwagen des Fabrikanten Bredtmann aus Einsiedel dadurch, daß der Chauffeur beim Umfahren einer Kurve infolge Versagens der Steuerung gegen einen Baum fuhr. Herr Bredtmann wurde hierbei schwer und seine Gattin leichter verletzt, während die übrigen Insassen des Wagens mit dem Schrecken davonkamen. Herr Bredtmann, der auch in Chemnitz eine Fabrik besitzt, wurde sofort in das Chemnitzer Stadtkrankenhaus übergeführt, wo er am Dienstag seinen schweren Verletzungen erlag.

Limbach. Die städtischen Kollegien bewilligten 100 000 Mark zur Unterstützung von Sozial- und Kleinrentnern und 180 000 Mark zur Unterbringung von 148 Kindern in Erholungsheimen.

Herrenheide. Ein Automobilunfall ereignete sich auf der Dorfstraße kurz vor der Eisenbahnbrücke dadurch, daß ein mit sechs Personen besetztes Chemnitzer Auto an einen Straßenbaum anfuhr. Hierbei wurden die Insassen herausgeschleudert, wobei fünf Personen leicht und ein 12jähriges Mädchen schwer verletzt wurden. Die Schwerverletzte wurde durch den Besitzer des Wagens, Herrn Otto, sofort nach Hartmannsdorf mit eigenem Auto zum Arzt überführt. Den stark beschädigten Wagen schaffte man in den Hof des nahen Gutes.

Mittweida. Bei der Elternratswahl erhielt die Liste des Christlichen Elternvereins 514 und die Gewerkschaftsliste 892 Stimmen. Gewählt sind für die erstere 5 Vertreter und für die letztere 10 Vertreter. Die Wahlbeteiligung war auf beiden Seiten sehr stark.

Bautzen. Einen bemerkenswerten Vorstoß gegen den Lebensmittelwucher unternahm der neue Amtshauptmann Dr. Jungmann-Bautzen gelegentlich einer in Bautzen abgehaltenen Gemeindevertretertagung des amtshauptmannschaftlichen Bezirkes Bautzen. Er erklärte u. a., daß er beabsichtige, auch künftig derartige Tagungen regelmäßig abzuhalten, deren Zweck es sei, eine Verständigung zwischen Stadt und Land, zwischen Verbrauchern und Erzeugern herbeizuführen. An den Tagungen seien Vertreter aus Verbraucher- und Erzeugergemeinden beteiligt, eine offene Aussprache über die Verhältnisse müsse schließlich zum gegenseitigen Verstehen beitragen. Die Verbraucherschaft müsse einsehen, daß unsere Landwirtschaft mit allen Mitteln stark erhalten werden muß, anderseits aber müßten sich Landwirtschaft und Lebensmittelhandel der Verantwortung bewußt bleiben, die sie dem ganzen Volke gegenüber tragen.

* **Hohenstein-Ernstthal.** Zu Tode getreten wurde im benachbarten Lobsdorf von seinen scheuenden Pferden der 72jährige Gutsbesitzer Friedr. Traug. Franke.

* **Glauchau.** Eine Wohnungsbauanleihe für alle Einwohner hat die Stadt aufgelegt, um im Wege der Selbsthilfe Baudarlehen von 500 Mark aufwärts zu erhalten. Man rechnet mit einem Millionen-Ergebnis.

)(**Oelsnitz.** Das „Oelsnitzer Tageblatt" gibt bekannt, daß es infolge der schier unglaublichen Steigerung der Papierpreise von heute an sein Erscheinen vorläufig einstellen muß.

Obergeorgenthal. Eine erschütternde Tragödie hat sich hier im Hause Nr. 163 zugetragen. Dort wohnte die 48jährige Agnes Weinert im gemeinschaftlichen Haushalt mit dem 33jährigen Anton Bärtl. Ihr Mann ist im Kriege verschollen und später gerichtlich als tot erklärt worden. Der 19jährige Sohn Heinrich hatte ununterbrochener Streitigkeiten halber seine Mutter verlassen und sich in Bergesgrün niedergelassen. Am 22. Mai vormittags kam er zu seiner Mutter nach Obergeorgenthal und verlangte von ihr, beim offenen Fenster stehen bleibend, die Aushändigung seiner Kleider und seiner Wäsche, ein Wunsch, dessen Erfüllung ihm jedoch die Mutter kurzerhand abschlug. Während der Auseinandersetzung kam der Liebhaber der Weinert, Anton Bärtl, hinzu. Plötzlich zog der junge Weinert eine Revolverpistole aus der Tasche. Er richtete sie auf Bärtl, indem er ihm zurief: „Anton, gehen Sie weg!" Als Bärtl, der Warnung nicht achtend, den Platz nicht räumte, drückte sein jugendlicher Gegner los. Ein Schuß krachte und die Kugel durchbohrte Bärtls Herz. Dieser raffte sich nochmals auf und schleppte sich schwankend und taumelnd noch bis in das Vorhaus, wo er vor der Küchentür tot zusammenbrach. Die Mutter war, als sie den Schuß hörte, in den Hausflur geeilt. Hier traf sie mit ihrem Sohn, der hinter Bärtl daherkam, zusammen. Die Mutter, die befürchtete, daß ihr Sohn abermals auf den verwundeten Mann schießen wolle, warf sich ihm entgegen und suchte ihm die Waffe aus der Hand zu winden. Es entstand ein heißes Ringen und währenddessen ging ein zweiter Schuß los, der den linken Oberschenkel Weinerts streifte; gleich darauf fiel ein dritter Schuß, der die Mutter traf und ihre linke Brustseite durchbohrte. Sie war binnen wenigen Augenblicken tot. Ob Weinert die Absicht gehabt hat, seine Mutter zu töten, muß dahingestellt bleiben. Von herbeigeeilten Ortsbewohnern umringt, verharrte der Mörder in völliger Gleichgültigkeit auf dem Tatorte, bis die Gendarmerie erschien, die ihn festnahm.

Treuen. Von der hiesigen Lehrerschaft, besonders derjenigen der Fortbildungsschule, wird geklagt, daß Fortbildungsschüler auf der Straße rauchen und alle Ermahnungen der Schule völlig erfolglos seien, sowie daß auch die

Rinos abends von fortbildungsschulpflichtigen Knaben und Mädchen stark bevölkert sein sollen, trotzdem diese Zutritt nur zu Jugendvorstellungen haben. Da die Schule hierbei keine Autorität mehr hat, muß nun die Polizei eingreifen.

Rochlitz. Das Gewitter am Freitag hat in Seifersdorf ein Menschenleben gefordert. Ein Blitzstrahl tötete den Gutsbesitzer Otto Albin Liebing in Seifersdorf bei Narsdorf. Der so schnell aus dem Leben Geschiedene, der eine Hacke trug, war unweit seiner im Bau begriffenen Scheune mit dem Abdämmen des Wassers beschäftigt. Er stand im 37. Lebensjahre.

Leipzig. Eine gute Einnahme verschaffen sich jetzt die Schulkinder und zum Teil auch Erwachsene dadurch, daß sie die in und um Leipzig in großen Massen auftretenden Maikäfer sammeln und verkaufen. In Scharen ziehen die Kinder, bepackt mit Tüchern, Töpfen und kleinen Kisten, aus der Stadt und schütteln die an den Straßen stehenden Bäume. Sie bekommen für das Pfund 7 Mark. Die Aufkäufer übergießen die Käfer mit siedendem Wasser und dörren sie dann auf Oefen oder in der Sonnenwärme. Dann werden sie als Futter für die Hühner verkauft. Dieses Käferfutter hat großen Einfluß auf die Eierbildung, doch darf es nicht allzureichlich gegeben werden.

* * *

Senftenberg. Nach vollendeter Schicht hatten sich acht Ziegelei-Arbeiter zusammengefunden, um zur Stärkung gemeinschaftlich einen Trunk zu nehmen. Die Stimmung wurde gemütlich und da sich einige schon die Nase begossen hatten, rieten einige, mit dem Trinkgelage aufzuhören. Der älteste jedoch von den Anwesenden, anstatt der Vernünftigste zu sein, stellte die Behauptung auf, daß er noch 24 Weinbrand trinken würde, wenn sie die andern Kollegen bezahlten. Er trank dann auch die 24 Glas Schnaps, das Stück zu 5 Mark, hintereinander aus. Nach dieser Leistung fiel er zusammen und brachte zwei Tage in bewußtlosem Zustande zu. Da seine Kollegen am zweiten Tage noch kein Lebenszeichen bei ihm merkten, riefen sie einen Arzt herbei, dem es mit vieler Mühe gelungen ist, den Schnapshelden wieder ins Leben zurückzurufen.

Unruhen im oberschlesischen Industriegebiet.

Im Laufe des Montags und der folgenden Nacht kam es im **oberschlesischen Industriebezirk** vor allem in **Kattowitz zu ernsthaften Unruhen.** Auf Grund eines Aufrufes des polnischen Eisenbahnerverbandes, in dem die polnischen Eisenbahnarbeiter in den Deutschland zugesprochenen Teilen Oberschlesiens aufgefordert werden, nach Kattowitz zu kommen, um die deutschen Arbeiter in dem Polen zuerkannten Teile zu ersetzen, strömten große Massen polnischer Eisenbahnarbeiter in Kattowitz zusammen. Da für sie keine Unterbringungsmöglichkeit vorhanden war, kam die Menge in gereizte Stimmung, die noch gesteigert wurde durch die Aufforderung des polnischen Aufrufes, nicht eher zu ruhen, als bis die letzten Deutschen aus dem polnischen Gebiet heraus seien. Die erregte Menge versuchte in die Hotels und Geschäftsläden einzudringen. Auch außerhalb von Kattowitz wurden Ausschreitungen gegen Deutsche verübt. So wurde ein Schlafhaus überfallen, die Deutschen aus den Betten gezerrt und verprügelt.

Wie aus **Breslau** gemeldet wird, dauerten die Unruhen auch Dienstag an und nahmen sogar an Umfang zu. Trupps von 20 bis 500 Menschen durchzogen, polnische Lieder singend, die Straßen von Kattowitz. Personen, die für Deutsche gehalten wurden, wurden auf das grausamste verprügelt. Die Besatzungstruppen und die Polizei sehen den Ausschreitungen tatenlos zu. Auch in der Umgebung von Kattowitz herrschen ähnliche Zustände. So wurden auf der Baildshütte und der Ferdinandsgrube die deutschen Arbeiter schwer mißhandelt. In Laurahütte ereigneten sich ähnliche Vorfälle. In Ruda erhielt eine Anzahl von Grubenbeamten polnische Drohbriefe folgenden Wortlauts: „Am 1. Juni haben Sie Polnisch-Oberschlesien zu verlassen, wenn nicht, dann Handgranaten. Die polnische Mordkommission". Die neuen Grenzpfähle in Ruda, die die Aufschrift tragen: „Vorläufige deutsch-polnische Landesgrenze", wurden herausgerissen. Der deutsche Bevollmächtigte bei der interalliierten Kommission in Oppeln hat die Kommission auf die ernsten Zwischenfälle in Kattowitz hingewiesen und sie um Schutz vor den polnischen Ausschreitungen ersucht.

In der vorletzten Nacht wurden in **Tarnowitz Plakate** angeschlagen, in denen aufgefordert wird, für jeden Angriff auf polnisch Gesinnte, wie sie angeblich in der letzten Zeit häufiger von „deutschen Fanatikern" ausgeführt worden sein sollen, **an einem Reichsdeutschen** (Deimattreuen) **Vergeltung** zu üben.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat

trat Dienstag zu seiner 50jährigen Jubiläumstagung unter starker Teilnahme aus dem ganzen Reiche in München zusammen. Vertreten waren das Reichsernährungsministerium, die Regierungen von Preußen, Hessen, Braunschweig, Lippe und Bayern. An Stelle des erkrankten Präsidenten Staatsministers Dr. Freiherr von Schorlemer eröffnete der erste Vizepräsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Landesökonomierat Mittermeyer die Tagung mit einer Begrüßungsansprache, in der er die Zusammengehörigkeit und die Treue der deutschen Stämme feierte. An Freiherr von Schorlemer und Dr. Heim wurden Begrüßungstelegramme gesandt. Es folgte eine Reihe von Ansprachen. Reichsernährungsminister Fehr überbrachte die aufrichtigen Glückwünsche der Reichsregierung zur 50jährigen Jubiläumstagung. Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld übermittelte jene der bayerischen Staatsregierung. Dr. von Mehnert, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates dankte für die Einladung nach Bayern und gab dem Wunsche Ausdruck, daß das Reich noch einmal am bayerischen Wesen genesen möge. Die Festrede hielt der Hauptgeschäftsführer, Professor Dr. Tade-Berlin, der über die Agrarpolitik in den letzten 50 Jahren und die Tätigkeit des Deutschen Landwirtschaftsrates auf diesem Gebiete sprach und lebhaften Beifall für seine Ausführungen erntete. Des weiteren beschäftigte sich die Tagung mit einer Reihe von Wirtschaftsfragen.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat Resolutionen angenommen, in denen darauf hingewiesen wird, daß der Deutsche Landwirtschaftsrat sich einmütig auf den Boden des Hilfswerks der deutschen Landwirtschaft stellt, aber auch darauf aufmerksam macht, daß die Erneuerung der Getreideumlage 1922 bis 1923 die Durchführung des Hilfswerks aufs äußerste erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Die Getreideumlage in der vorjährigen Form bedeute eine äußerst ungerechte Sonderbesteuerung der Landwirtschaft; ihre Wiederholung könne nicht ertragen werden. Zu einer Verbilligungsaktion für die minderbemittelten Bevölkerungskreise mit Brotgetreide sei die Landwirtschaft unter der Voraussetzung bereit, daß gleichermaßen die leistungsfähigen Schichten aller Erwerbsstände herangezogen werden. Die deutsche Landwirtschaft empfehle die Beschaffung einer Getreidereserve zum Marktpreise im freien Verkehr.

Reichsernährungsminister Dr. Fehr erklärte in Verteidigung des Standpunkts der Reichsregierung in der Frage der neuen Umlage-Erhebung, es sei zu bedenken, daß man heuer eine wesentlich schlechtere Ernte bekommen werde und daß es überhaupt schwer fallen würde, die Brotversorgung durchzuführen, da eine stärkere Spekulation denn je mit Brotgetreide eintreten werde. **Damit drohe der allgemeinen Brotversorgung große Gefahr. Deshalb habe sich die Reichsregierung auf den Standpunkt gestellt,** daß zur Sicherung der Brotversorgung Brotgetreide in gleicher Menge wie im Vorjahre erfaßt und der versorgungsberechtigten Bevölkerung zu erträglichen Preisen zur Verfügung gestellt werden müsse. Bei den Verhandlungen in der Reichsregierung habe er keine Zweifel gelassen, daß die Preise für das Umlagegetreide die Produktionskosten decken müßten. Im Entwurf der neuen Getreideordnung würden Bestimmungen festgelegt werden, die die Möglichkeit bieten, den Kreis der mit Markenbrot zu Versorgenden zu beschränken. Das wichtigste sei die Frage der Preisbildung, die sich noch im Stadium der Erwägungen befinde. Er werde bestrebt sein, alle Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Er werde sein Programm nicht in der Zwangswirtschaft, sondern in der Produktionsförderung suchen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Nach dem Gesamtergebnis der Berliner Elternbeiratswahlen, das jetzt von 498 Schulen vorliegt, entfallen auf die christlich-unpolitische Liste 4001, auf die Listen der Vereinigten SPD., USPD. und KPD. 2987 Sitze. Die Zahlen von den katholischen und weltlichen Schulen stehen noch aus, können aber, da die katholischen Schulen in der Mehrheit sind, das Gesamtergebnis nur noch zugunsten der christlichen Liste ändern.

Der Schiedsspruch über die Lohnforderungen der Berliner städtischen Arbeiter. Am Dienstag fanden im Reichsarbeitsministerium unter Leitung des Staatssekretärs a. D. von Möllendorf Verhandlungen über die Lohnforderungen der Berliner städtischen Arbeiter für den Monat Mai statt. Nach fünfstündiger Sitzung wurde dann ein Schiedsspruch gefällt, der die Stundenlöhne der ungelernten Arbeiter auf 14 bis 18 Mark festsetzt, die der gelernten Arbeiter auf 14,40 bis 18,50 Mark pro Stunde. Die Löhne der jugendlichen Arbeiter werden im gleichen Verhältnis erhöht. Die weiblichen Arbeiter werden durchweg 75 Prozent der Löhne der männlichen Arbeiter erhalten. Beide Parteien behielten sich die endgültige Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung dieses Schiedsspruches vor, die innerhalb 14 Tagen abgegeben werden soll. Wie mitgeteilt wird, bedeutet dieser Schiedsspruch eine Mehrbelastung der Stadt um 36 Millionen Mark.

Die Milderung der Not der Presse. Das Reichskabinett beschäftigte sich gestern mit dem Gesetzentwurf des Reichswirtschaftsministeriums über die Milderung der Not der Presse, der seinerzeit von sämtlichen Parteien des Reichstags verlangt worden war.

Der Reichstagsausschuß für soziale Politik nahm gestern den Gesetzentwurf über die Versicherungspflicht in der Krankenkasse an, nach dem die Grenze der Versicherungspflicht von 40 000 Mark auf 72 000 Mark heraufgesetzt wird.

Wegen Beleidigung des Reichspräsidenten verurteilt. Die Strafkammer des Landgerichts in Stendal verurteilte gestern den Landwirt Karl Schröter in Griehen wegen Beleidigung des Reichspräsidenten in zwei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe von 3000 Mark. Schröter hatte in zwei Fällen öffentlich behauptet, der Reichspräsident habe große Güter im Auslande erworben; er gab in der Verhandlung die Unrichtigkeit seiner Behauptung unter dem Ausdruck des Bedauerns zu; ihm sei eine solche Mitteilung von scheinbar vertrauenswürdiger Seite zugetragen worden. Auch sei er zu seiner Aeußerung durch einen Streit mit einem persönlichen Gegner gereizt worden. Mit Rücksicht auf diese Milderungsgründe sah das Gericht von einer Freiheitsstrafe ab, erkannte aber auf die höchst zulässige Geldstrafe.

Republik Oesterreich.

Die Regierungsbildung. Nach dem christlich-sozialen Abendblatt „Wiener Stimmen" hat die Christlich-Soziale Vereinigung gestern ihren Obmann Seipel ersucht, die neue Regierung zu bilden. Seipel hat den Auftrag unter gewissen Bedingungen angenommen, namentlich der, daß das Ministerium des Innern von Schober besetzt werde oder daß die Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit von ihm weiter verwaltet werden.

Tschechoslowakei.

Die Unterdrückung der deutschen Schulen. In einer Protestversammlung in Reichenberg wurde eine Entschließung angenommen, in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß kürzlich wiederum 1600 sehr schwach besuchte tschechoslowakische Schulklassen errichtet wurden, während die deutschen Schulen unterdrückt werden.

Italien.

Tschitscherin bei d'Annunzio. Montag stattete Tschitscherin von Santa Margareta aus d'Annunzio in Gardone einen Besuch ab, um dem Dichter für seine Tätigkeit am russischen Hilfswerk zu danken.

England.

Ein Sowjetdampfer in Hull. Der Dampfer „Karl Marx", der Eigentum der Sowjetregierung sein soll, ist von Petersburg in Hull mit einer Ladung Bauholz unter der Flagge der Sowjetrepublik eingelaufen. Die Mannschaft erklärt, daß der Dampfer vom Marinedepartement im Betrieb gehalten wird. Der Dampfer hat eine drahtlose Installation und eine Bemannung von 40 Köpfen. Offiziere, Ingenieure und Mannschaft tragen die gleiche Kleidung. Die Offiziere erhalten eine etwas höhere Bezahlung als die Mannschaft, da man erkannt hatte, daß an Bord „nicht alle gleich sein können". Der Schiffsarzt erhält 60 Millionen Rubel monatlich. Mehrere Mannschaftspersonen zeigten 50 Millionen Rubel-Noten.

Vermischtes.

Ein Lustmord in Berlin. In der Breslauer Straße Nr. 8 in Berlin wurde Dienstag vormittag kurz vor 11 Uhr ein Lustmord entdeckt. Ein dreijähriges Mädchen, Tochter des Friseurs Schmidt, war von unbekannten Leuten in einen Keller gelockt und dort ermordet worden. Es handelt sich um die bestialische Tat unbekannter Verbrecher. Dem Kinde waren vier Stiche in die Brust beigebracht worden. Auch ein Handgelenk war fast durchschnitten. Das Kind rief noch nach seiner Mutter, die auch auf die Hilferufe herbeieilte. Von den Tätern war jedoch nichts mehr zu finden. Das Kind ist seinen Verletzungen erlegen. Die Mordkommission der Kriminalpolizei ist alarmiert worden. Die angestellten Ermittelungen haben ergeben, daß es sich um einen jüngeren Mann im Alter von etwa 24 bis 30 Jahren handelt, der vorher mit dem Kinde auf der Straße gesehen worden ist. Das Polizeipräsidium hat für die Ermittelung des Verbrechers eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Ein Polizeipräsident verhaftet. Der Polizeipräsident von Radomsk Adolf Hanke wurde dieser Tage verhaftet und ins Petrikauer Gefängnis eingeliefert, nachdem er einige Zeit flüchtig gewesen war. Er hatte in der Nacht zum 12. April d. J. in stark angetrunkenem Zustande eine verheiratete Frau, die mit ihrem Liebhaber, einem bekannten Radomsker Industriellen, von der Polizei in einem Hotel gefunden worden war, in sein eigenes Zimmer bringen lassen und mit ihr wüste Orgien gefeiert. Der Liebhaber hatte Anzeige erstattet, was den Polizeipräsidenten zur Flucht veranlaßte.

Der Beckmann-Prozeß. Vor der Potsdamer Reichsdisziplinarkammer begann Montag ein Prozeß gegen den Vizepräsidenten Dr. Adolf Beckmann von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und den Regierungsrat Georg Jeder von derselben Behörde. Sie sind der Pflichtverletzung bei Ausübung ihres Amtes und der pflichtwidrigen Behandlung einlaufender Beschwerden von Patienten der Lungenheilanstalt Lippspringe beschuldigt. Die Aktenbände wiegen einen Zentner und zehn Pfund.

Hundert Jahre alt. Herr Bernhard Berendt, Berlin, Luitpoldstraße 48, begeht am 1. Juni sein hundertstes Geburtstagsfest. Der Jubilar ist körperlich sehr rüstig und nimmt an allen Tagesereignissen regen Anteil.

Wegen Urkundenfälschung wurde Dienstag gegen den Angeklagten Anspach vor der 4. Strafkammer des Berliner Landgerichts II verhandelt. Anspach wurde in zwei Fällen Fälschung von Pfandscheinen nachgewiesen, während in einem dritten Falle die Gesamtschuld auf drei Mitangeklagte fiel. Anspach wurde zu 10 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft und drei Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Eine eigenartige Katastrophe hat die italienische Stadt Corato in der Provinz Bari delle Puglie betroffen. Sie bricht langsam in sich zusammen und droht ihre 54 000 Einwohner ohne Dach über dem Kopf zu lassen. Corato liegt ungefähr 40 Kilometer von Bari entfernt und ist in neuerer Zeit zu einer ansehnlichen Stadt mit schönen, öffentlichen Gebäuden, Kirchen und Privathäusern aufgeblüht. Die Landschaft Puglia ist durch ihre Trockenheit bekannt und Corato ist auf Lehmboden und Sand erbaut. Neun Monate hatte die letzte Trockenheitsperiode angedauert; vor einem Monat jedoch fing es an zu regnen und der Regen strömte unablässig drei Wochen hindurch Tag und Nacht herab. Plötzlich zeigten sich in einer großen Anzahl von Häusern Risse und die Fundamente begannen nachzugeben. Eine ungeheure Aufregung entstand, als eines Tages die neue Madonnenkirche und einige Häuser von fünf Stockwerken plötzlich unter furchtbarem Lärm einstürzten. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen, als man am selben Tage an hunderten von Häusern Risse entdeckte, die neue Katastrophen ankündigten. Am nächsten Tage räumten ungefähr 300 Familien, von Furcht gepackt, ihre Wohnungen, und seitdem schreitet die Zerstörung unaufhaltsam fort. Tag und Nacht spielen sich unbeschreibliche Szenen ab; man erlebt das ungewöhnliche Schauspiel, wie eine ganze moderne Stadt von einer Vernichtung heimgesucht wird, die vollständiger ist, als sie der Krieg der Neuzeit im Gefolge hatte. Zwei Tage nach der ersten Katastrophe stürzte eine zweite Kirche mit schrecklichem Getöse zusammen, ein donnerähnliches Rollen erfolgte, da gleich darauf ein paar hundert andere Häuser in sich zusammenfielen. Mitte Mai waren über 3000 Familien obdachlos. Die Leute suchten Zuflucht in eilig aufgeführten Zeltbaracken. Nach drei weiteren Tagen hatte sich die Anzahl der wohnungslosen Familien auf 5000 erhöht. Die italienische Regierung hat Truppen, Bauarbeiter und Material zur Verfügung gestellt, um der unglücklichen Bevölkerung so schnell wie möglich Hilfe zu schaffen. Die Stadt zerfällt aber in einem Tempo, daß die immer größer werdende Zahl der Obdachlosen kaum untergebracht werden kann. Anfangs waren für die Unterstützungsmaßnahmen 9 Millionen Lire veranschlagt. Schon nach einigen Tagen brauchte man das Fünffache. Die Ingenieure halten den Versuch, die Stadt wieder instand zu setzen, für aussichtslos, weshalb den Einwohnern keine andere Wahl übrig bleiben wird, als sich in einer Entfernung von einigen Kilometern auf festigem Boden wieder anzubauen.

Das gute Fahrrad

bedingt auch einen guten Reifen. Je besser dieser, um so weniger Enttäuschungen und um so billiger das Kilometer. Wer

Continental Reifen

fährt, weiß, was er hat.

Riesaer Ferienwanderungen.

Pfingsten 1922.

Nr. 1. 3. Juni. Diesbar. 8 bis 12 Jahren. ¾7 Uhr Dampfschiff, 5,50 Mk. Herr Gaumnitz.

Nr. 2. 6. Juni. Dornreichenbach, Collm. Von 11 Jahren an. ¼7 Uhr Bahnhof, 9 Mk. Herr Müller.

Nr. 3. 7. Juni. Rossen, Altzella. Von 10 Jahren an. ½ 7 Uhr Bahnhof, 11 Mk. Herr Hager.

Nr. 4. 8. Juni. Frauenhainer Teiche. 9 bis 13 Jahr. ¼7 Uhr Bahnhof, 5,50. Herr Thielemann.

Nr. 5. 9. Juni. Meißen (Albrechtsburg), Diesbar. Von 11 Jahren an. ¾7 Uhr Dampfschiff, 10 Mk. Herr Lätzig.

Nr. 6. 10. Juni. Hohenwussen, Zöschau. Von 9 Jahren an. ¼7 Uhr Bahnhof, 4,50 Mk. Herr Hofmann.

Anmeldungen bei Herrn Frauendorf, Bismarckstr. 15a, von 10 bis 12 Uhr. Mantel und Mundvorrat ist mitzunehmen.

Der Ortsausschuß für Ferienwanderungen.

Sport.

Fußball. Riesaer Sportverein. Der deutsche Altmeister Viktoria-Berlin wird am Pfingstsonnabend mit seiner Oberligamannschaft nach Riesa kommen und ein Spiel gegen den Nordsachsenmeister Riesaer Sportverein austragen. Die bekannte, vorzügliche Elf konnte erst in der vergangenen Woche im Kampfe um den Berliner Pokal die Oberliga der „Union"-Oberschöneweide mit 1:0 aus dem Felde schlagen und befindet sich zur Zeit in bester Form. Das Spiel in Riesa, zu dem der nordsächsische Meister selbstverständlich in stärkster Aufstellung antritt, findet am Pfingstvorabend ¼7 Uhr statt. Für die Freunde der Jugendsportbewegung dürfte ein Knabenspiel, das vor dem Ligatreffen stattfindet, eine willkommene Pfingstfreude werden. Es werden sich gegenüberstehen: Viktoria-Berlin 1. Schüler und Riesaer Sportverein 1. Knaben.

Radsport. Am kommenden Sonntag (4. Juni) findet mit dem Straßenrennen „Rund durch Sachsen", 300 Km., das größte Straßenrennen in Sachsen statt. Die Strecke führt von Zwickau über Chemnitz, Freiberg, Dresden, Meißen, Seerhausen, Oschatz, Wurzen, Leipzig, Borna wieder nach Zwickau. Es beteiligen sich daran alle Berufsfahrer Deutschlands, ferner alle erfolgreichen Herrenfahrer vom Sächsischen und Deutschen Radfahrerbund, darunter der Sie-

der Fernfahrt „Rund um die Lausitz" vom vorigen Sonntag, Herr Willy Dietrich aus Gröba. Die Fahrt beginnt früh 4 Uhr in Zwickau, in Seerhausen sind die Fahrer gegen 9 Uhr vormittags zu erwarten.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 31. Mai 1922.

Die neue Entwaffnungsnote der Entente.

* **Berlin.** Dem deutschen Botschafter in Paris ist, wie bereits gestern mitgeteilt wurde, von dem Präsidenten der Botschafterkonferenz eine Note überreicht worden, die die Entmilitarisierung oder — mit anderen Worten — die Vernichtung zahlreicher rheinischer Eisenbahnen verlangt. Nach einer halbamtlichen Mitteilung unterliegt die Note gegenwärtig der Prüfung durch die zuständigen Stellen. Es kann aber jetzt schon gesagt werden, daß diese Forderungen, die übrigens Kosten in einer zurzeit noch nicht zu übersehenden Höhe verursachen werden, jedenfalls zum größten Teile in Artikel 13 des Friedensvertrages keine Unterstützung finden.

Französische Justiz.

* **Mainz.** Der Straßenbahnschaffner Stolz aus Mainz wurde vom hiesigen französischen Militärpolizeigericht wegen angeblicher Beleidigung eines Majors zu zweitausend Mark Geldstrafe, zahlbar innerhalb vierzehn Tagen, verurteilt. — Am 18. März bestieg der französische Offizier den Straßenbahnwagen. In dem Augenblick, als er dem Schaffner seine Knipskarte zeigte, fuhr der Wagen um eine Straßenbiegung. Bei starkem Schlingern des Wagens kam der Schaffner ins Wanken und bei dieser Bewegung nahm er dem Offizier die Karte mit scharfem Zugreifen aus der Hand. Der Major sah darin eine Beleidigung.

Ablehnung der Getreideumlage in Bayern.

* **München.** Die Bayrische Landesbauernkammer lehnte gestern nach lebhafter Aussprache das Getreideumlageverfahren für das Jahr 1922/23 ab und beschloß, in eine Erörterung des diesbezüglichen Reichsgesetzentwurfes nicht einzutreten.

Die wahren polnischen Absichten.

* **Warschau.** „Kurjer Polski" schreibt in einem Artikel über Oberschlesien: Den größten Schmerz verursacht uns die Tatsache, daß wir auf Grund der Konvention die deutschen Güter und Fabriken nicht in dem Maße enteignen können, wie wir das für vorteilhaft halten, um so mehr, da wir gern in Oberschlesien Rache nehmen möchten für die Leiden, die wir im gesamten preußischen Teile im Laufe von über 150 Jahren erduldet haben.

Schlechte Anleiheaussichten?

* **Paris.** Nach einer Meldung des „Oeuvre" herrscht in der Frage der internationalen Anleihe ziemlicher Pessimismus vor. Kinderslev habe von seinem Unternehmen in London keinen ermutigenden Eindruck zurückgebracht. Morgan sehe auch keine Grundlage zu einem soliden amerikanischen Geschäft. Lediglich der Holländer Visserling, der Holland und die Neutralen vertritt, könne seine Kollegen ermutigen.

Französische Stimmen zur deutschen Note.

)(**Paris.** Zur deutschen Note an die Reparationskommission schreibt der „Matin", es scheine, daß die Antwort bei den auswärtigen Bankiers, die heute ihre Beratungen wieder aufnehmen würden, einen guten Eindruck machte. Sie hätten darin einen Beweis des guten Willens erblickt. Aber sie dürften doch nicht vergessen, daß, wenn das Berliner Kabinett zu diesen Versicherungen gelangt sei, dies immerhin erst einfache Versprechungen wären, die einzig und allein aus Furcht vor Sanktionen gegeben seien. Wenn es die Ansicht der Bankiers wäre, in ihrem Anleiheplan auf einen Druck auf Deutschland zu verzichten, könnten sie Enttäuschungen erleben.

„Petit Parisien" vertritt den Standpunkt, die Antwort scheine zu beweisen, daß Deutschland die Notwendigkeit, die Forderungen zu erfüllen, begriffen habe. In Wahrheit fehlten noch einige Elemente, um ein endgültiges Urteil zu fällen. Man erwarte in Paris heute eine zweite Anlage, die die Ausführung der Zwangsanleihe auseinandersetzen solle. Aber in ihrer Gesamtheit scheine die deutsche Antwort die Reparationskommission zu befriedigen. Ueber jeden Zweifel erhaben seien jedoch die Worte nicht, wenn sie nicht von Handlungen gefolgt seien. Die Erklärungen der deutschen Regierung bezüglich der Reparationen erforderten eine strenge Kontrolle. Immerhin ersparte die Haltung Deutschlands Europa eine Krise, die hätte ernst werden können.

„Echo de Paris" sagt, man erzielte von Deutschland nur daß es sich vor den Bedingungen beugte, die für unerläßlich gehalten würden. Erst die Zukunft könne die Wirksamkeit dieser Bedingungen beweisen.

Frankreich und England.

)(**London.** „Westminster Gazette" schreibt in einem Leitartikel, es sei von großer Bedeutung, daß Großbritannien seine Freundschaft mit Frankreich aufrechterhalte und wenn möglich erweitere. England sei jedoch nicht geneigt, sich durch einen formellen Pakt zu verpflichten und noch weniger durch eine Allianz. Wenn Lord Derby annehme, daß die Mehrheit seiner Landsleute bereit sei, ein schriftliches Uebereinkommen einzugehen, das zu einer militärischen Aktion zur Verteidigung Frankreichs oder irgend eines anderen Landes verpflichten würde, so kenne er das britische Volk nicht genügend.

Arbeitsraum
30—35 qm groß, zu mieten oder Haus mit Hintergebäude in od. Nähe Riesas zu kaufen gesucht.
Offerten unter R L 8967 an das Tageblatt Riesa.

8000 Mark
werden sofort gegen hohen Zinsfuß gesucht. Off. unt. T L 8969 an Tagebl. Riesa.

Freundschaftl. Verkehr
wünscht dess. 26jähr. Herr m. hübscher Dame im Alter von 19—23 Jahren. Landwirtstochter auch sehr angenehm. Bei Zuneigung spät. Heirat nicht ausgeschlossen. Werte Zuschr. u. S L 8968 an Tagebl. Riesa.

1 Kaffeeköchin
1 Büfettfräulein
1 Küchenmädch.
stellt sofort ein
Wettiner Hof.

Ehrliches, fleißiges
Hausmädchen
sucht Frau H. Rauschenbach, Mügeln bei Oschatz.
Angebote an
Frau O. Peschelt,
Bismarckstr. 19.

Ehrliches, fleißiges
Hausmädchen
für 15. Juni gesucht von
Helene Fritzsche
geb. Seurig,
Bismarckstraße 42, 1.

Jung. Mädchen
aus der Landwirtschaft als 2. Mädchen zum 15. Juni bis zu 250 Mk. Monatslohn gesucht.
Max Bormann
Baumschule
Liebenwerda.

Junges Mädchen
als Aufwartung für den ganzen Tag zum 15. Juni gesucht. Frau M. Richter, Bismarckstraße 20, 1.

Was ist ein Risiko für die Hausfrau?

Wenn sie zum Kuchenbacken statt des echten Dr. Oetker's Backpulver „Backin" ein minderwertiges Backpulver verwendet.

Wenn sie sich, um etwas zu sparen, der Gefahr aussetzt, einen mißratenen Kuchen zu erhalten u. Mühe u. Kosten umsonst aufgewandt zu haben.

Beim Backen ist ein gutes, erprobtes Backpulver das wichtigste! Deshalb spare sie nicht an verkehrter Stelle, denn ein minderwertiges Backpulver ist — selbst geschenkt — noch viel zu teuer.

Mit Dr. Oetker's Backpulver „Backin" ist jede Hausfrau gut bedient, denn damit gelingt der Kuchen immer.

Ebenso empfehlenswert sind die bekannten
Dr. Oetker's Puddingpulver,
Dr. Oetker's Vanillinzucker.

Wir suchen zum baldigen Antritt für dauernd jüngeren, strebsamen, unverheirateten
Kontoristen.
Stenographie u. Schreibmaschine Bedingung.
Angebote mit Zeugnisabschriften erbeten.
Zuckerfabrik Mühlberg a. Elbe in Brottewitz.

Ein wachsamer Hof- und Zughund zu verkaufen
Fichtenberg Nr. 147.

Akkordzither, doppelf., sof. z. vk., 1 j. Jagdhund, wh. u. schw. gz. Standtfestfstr. 5, p. r.

Gesch. Schneiderin für 8—14 Tage bei guter Kost ins Haus gesucht. Offerten unter U L 8970 an das Tageblatt Riesa.

Als Lernende
suche für sofort junges freundliches Mädchen mit guten Schulkenntnissen.
Emil Förster
Fa. M. Barthel Nachf.

Junge hochtragende Kuh zu verkaufen
Glaubitz 39.

Ausziehtisch, alt, z. kaufen gesucht. Preisangebot unt. P L 8965 an Tagebl. Riesa.

Tüchtiger, möglichst unverheirateter
Werkzeugschlosser
welcher in der Herstellung feinerer Schnitte u. Stanzen geübt ist, für dauernde Beschäftigung gesucht.
Metallwarenfabrik Strehla.

1 Saugfohlen
10 Wochen alt, oldenb. Abstammung, verkauft
Schade, Lichtenier 6.

Junger Schäferhund
ist zu verkaufen.
Carl Hofmann, Gröba,
Kirchstraße 32. Tel. 462.

Pianino
m. prachtv. Ton, in best. Zustand, m. Garantieschein preisw. z. verk. Dresden, Güterbhfstr. 12, 1. Dienel.

Eine guterhaltene, wenig gebr. **Häckselmaschine**
mit elektrischem Antrieb steht preiswert zu verkaufen bei Otto Ulbricht, Nengröba. Telefon 365.

Ein Billard
noch guterh., aus Privatband, ist umständehalber billig zu verkaufen. Besichtigung nachm. 3—6 Uhr. Zu erfr. im Tagebl. Riesa.

Badewanne und Hobelbank
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Q L 8966 an das Tageblatt Riesa.

Mehrere größere Kleider- und Wäscheschränke sowie **Kücheneinrichtung**
verkauft Fritz Murras, Möbel- und Bautischlerei, Neu-Weida, neben Café Edelweiß.

Moderner Kinderwagen zu verk. Daselbst wird eine gebr. Kinderbettstelle zu kaufen gesucht.
Bahnhofstr. 20, 2.

Melasse
Mais, Maisschrot
Gerstenfutter
Roggen- u. Weizenkleie
verkauft preiswert
Albert Haberecht
Röderau
am Bahnhof. Tel. 516.

Schwefelsaures
Ammoniak
empfiehlt
Mitzbach, Glaubitz.

Die beliebten
Taschen-Fahrpläne
Stück 1 Mark
sind wieder vorrätig in der Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes, Goethestraße 59.

Kukirol
beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen
Hornhaut, Schwielen u. Warzen
Ärztlich empfohlen, millionenfach bewährt.
Zu Apotheken u. Drogerien erhältlich
Central-Drogerie Oskar Förster.

Bademäntel
Badetücher
Badehandtücher
Leinenhaus Ackermann.

Ziehung 20.—24. Juni.
Geld-Lotterie des Landesvereins Sächsischer Heimatschutz in Dresden.
Hauptvertrieb:
Ad. Müller & Co.
Leipzig, Brühl 10/12.
Höchstgewinn im günstigsten Falle
100000 M
spez. ohne Abzug
60000 M
40000 M
20000 M
10000 M
5000 M
u. s. w.
Lose zu 5 M. (Postgeld u. Liste 3.50 M.) bei den Staatslotterie-Einnehmern und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Wir liefern
Wäsche-Aussteuer
auch
einz. Leib- u. Hauswäsche
Berufs- und Arbeiterkleidung
noch billig, an sichere Leute auch gez. bequeme Abzahlg.
Reichhaltige Preisliste gratis gegen 2.— Mk. Rückporto.
F. OLDEHUS
Neumünster i. Holstein
Schleusberg 58.

Handwagen
(Leiter-, Kasten- u. Tafelwagen), sowie Erfahrräder, solideste Bauart, in allen Größen, äußerst. Preisen.
W. Spengler Wilhelmstraße 6
gegenüber Kaiserhof.

Gesichtsausschlag
Pickel, Mitesser, Flechten verschwinden meist sehr schnell, wenn man den Schaum von Lecker's Patent-Medicinal-Seife abends eintrocknen läßt. Schaum erst morgens abwaschen und mit Lecker's Creme nachstreichen. Ersteraunliche Wirkung, von Tausenden bestätigt. In allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- u. Friseurgeschäften erhältlich.

Die goldene Brücke.

Ein Roman aus der Biedermeierzeit von Anny Wothe.
Amerikanisches Copyright 1918 by Anny Wothe-Mahn, Leipzig.

2. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„So wirst du erlauben, Vater, daß ich vor Pfingsten dein Haus verlasse."

„Was unterstehst du dich," schrie Leberecht, den einen Augenblick seine vornehme Ruhe verließ, seinen Sohn an. „Noch habe ich väterliche Gewalt über dich, du hast zu gehorchen, wenn ich befehle."

„Du irrst, Vater, vor Pfingsten werde ich mündig," entgegnete Andreas, dessen weiche Züge jetzt ungewöhnlich hart erschienen. „Schon früher sagte ich dir, daß mir der aufgezwungene Beruf eines Apothekers nicht behagt. Ich will Medizin studieren, es war immer mein Lieblingswunsch."

„Und woher willst du die Mittel dazu nehmen," fragte Leberecht Bauer mit leisem Hohn, „wenn ich meine Hand von dir abziehe?"

„Ich brauche deine Beihilfe nicht, Vater. Das kleine Erbteil meiner Mutter dürfte für meine bescheidenen Ansprüche genügen."

Leberecht Bauer bezwang nur mühsam seinen auflodernden Zorn. In dem stillen, blassen Gesicht seines Sohnes aber stand etwas, das ihn zur Vorsicht mahnte. So hatte bisweilen die stille, zarte Frau, Andreas Mutter, auch ausgesehen, wenn er versucht hatte, ihr seinen Willen aufzuzwingen und trotz all ihrer Sanftmut dann doch sein Willen an ihrer Festigkeit zerbrach.

„Du weißt, daß du mit diesem Schritt aus dem Vaterhause dich für immer von mir scheidest?" fragte Leberecht Bauer kurz.

„Ja, Vater. Du fragst ja nicht nach uns. Warum sollen wir da nach dem Vater fragen, der nie Zeit für uns hatte? Mutter ist daran gestorben, und wir Kinder haben immer unter deiner Härte und Unnahbarkeit gelitten. Ihr scheltet Dortchen, daß sie zärtlich zu einem Menschen ist, der allein hier im Hause freundlich zu ihr gewesen. Leider habe auch ich, Gott sei's geklagt, immer das arme, kleine Dina übersehen, und dabei ist es doch so natürlich, daß ihr kleines, liebebedürftiges Herz sich nach Liebe sehnt."

„Laß die Sentimentalitäten, sie sind bei den Bauers nie zu Hause gewesen. Dortchen ist noch ein ganz besonderes Kapitel, das dich nichts angeht. Im übrigen tut es mir leid, daß ich schon so viel nutzlose Zeit mit dir vergeudete. Du wirst gehorchen und tun, was dein Vater für gut hält. Die Apotheke darf nicht in fremde Hände übergehen. Oder willst du, daß ich dich enterbe?"

Die schmalen Lippen des jungen Menschen kräuselten sich spöttisch und die blauen Augen kniffen sich leicht zusammen. Andreas sah jetzt auffallend seinem stolzen Vater ähnlich, als er fast überlegen erwiderte:

„Deine Frage, Vater, beweist am besten, daß du deinen Sohn nicht kennst. Glaubst du, daß ich um Gold und Goldeswert von meiner Ueberzeugung abgehen könnte? Würdest du es tun, Vater? Nein, gewiß nicht. Ich liebe wie du, die alte Apotheke. Doch sie füllt nicht mein Leben aus, wie sie das deine ebenfalls nicht ausfüllt. Als du die Apotheke von deinem Vater übernahmst, waren deine naturwissenschaftlichen Studien fast vollendet, und du hast sie nie ganz aufgegeben. Ich stehe jetzt im Examen. Meine Ausbildung als Apotheker ist also abgeschlossen, und es hindert mich nichts, die Apotheke zu übernehmen, wenn du sie dereinst in meine Hände geben willst. Aber die nächsten Jahre, die müssen mir gehören. Es ist immer mein heißester Wunsch gewesen, Medizin zu studieren, ein Beruf, der uns so nahe liegt. Laß mir also meinen Willen, Vater, ganz gleich, für welchen Beruf ich mich dereinst entscheiden werde. Hier unter deinem Dache, das sage ich dir, bleibe ich nicht, wenn du eine junge Frau in unser Haus bringst. Den Platz meiner Mutter kann niemals Henriette Schröder ausfüllen, so schön sie auch ist und vielleicht auch gut. Darum, Vater, laß uns in Frieden scheiden."

Die Stimme des jungen Mannes hatte etwas ungemein Zwingendes, und sie fand den Weg zu dem starren Herzen Leberecht Bauers.

„Gut," sagte er zögernd, mit etwas abgewandtem Gesicht, als schäme er sich seiner Schwäche. „Ich will dir einige Jahre zum Studium freigeben. Wenn du wieder heimkehrst ins Vaterhaus, wirst du dich an den Gedanken gewöhnt haben, daß hier an Stelle deiner Mutter eine andere waltet. Dann wirst du vielleicht besser verstehen, warum dein Vater nicht mehr einsam sein wollte. Wo willst du studieren? In Göttingen?"

Andreas stürzte auf seinen Vater zu und führte, ehe es Leberecht Bauer hindern konnte, des Vaters Hand an seine Lippen.

„Vater," stammelte er. „Wie soll ich dir danken?"

„Indem du freundlich und nicht feindlich zu der Frau bist, die unser freudloses Haus mit Blumen schmücken soll, die sie uns durch ihre Jugend und Schönheit bringt."

Andreas trat weit von dem Vater zurück. Ein eisiger Zug legte sich über das blasse, junge Gesicht. Das rötliche Haar von der schmalen Stirn streichend, sagte er hart:

„Henriette Schröder und ich können nie Freunde sein."

Die Tür fiel hinter Andreas ins Schloß und Leberecht Bauer stand allein in der großen Stube inmitten der hellen Biedermeiermöbel mit den dicken Rosen auf grünem Grunde.

Langsam sank der Hausherr in einem der Sessel zusammen. Leise fuhr seine Hand mit dem großen, spitzgeschliffenen, lila Stein, der den Schattenriß seines Großvaters zeigte, gegen die schmerzende Stirn.

Er hatte gewußt, daß es einen Kampf geben würde, aber er hatte ihn sich nicht so schwer gedacht. Wie seltsam ihn der Junge angeblickt hatte, gerade als sei in ihm etwas gestorben. Und dieser Blick und der erschütternde Ton in Andreas Stimme, der hatte ihn weich gemacht.

Leberecht Bauer schüttelte den Kopf. Er, der immer, unbeirrt von den Wünschen seiner Familie, seine eigenen Wege gegangen, er hatte sich von seinem eigenen Sohne überrumpeln lassen. Die buschigen, dunkelblonden Augenbrauen falteten sich finsterer, und die großen Nasenflügel bebten. Wie in Aufruhr war plötzlich die ganze mächtige Gestalt, die sich nun mit einem Ruck aus dem Lehnstuhl erhob und hochaufgerichtet im Zimmer stand. Die harten, blauen Augen strahlten auf, sonnig, wie die eines Jungen, als er vor das Bild seiner ersten Frau trat, das über dem Sofa hing und leidverloren zu ihm herüberblickte.

Günstiges Pfingstangebot.

Infolge unserer zeitigen, noch sehr billigen Abschlüsse kaufen Sie - Mäntel und Jacken heute noch sehr günstig bei uns ein. -

Sommer-Mantel hell, aus gutem wollenen Stoff . . . nur M. 450.—

Ripsstoff-Mantel mit gestepptem Kragen und Manschetten nur M. 500.—

Covercoat-Mantel neueste Form . . . . . nur M. 600.—

Wollstoff-Mantel hell, gute Ware . . . . . nur M. 650.—

Covercoat-Mantel Raglanärmel mit gestepptem Kragen und seitlichen Faltenteilen . . . . . nur M. 700.—

Homespun- u. Donegal-Mäntel praktisch für die Reise und Straße . . nur M. 750.—

Damen-Regenmantel Raglanärmel, seitliche Knopfgarnierung nur M. 750.—

Backfischmantel aus Wollköper mit Moosstepperei in Lindenblüte . . . . . nur M. 900.—

Schwarzer Tuchmantel halb auf reiner Seide gefüttert, gute Ware nur M. 800.—

Schwarzer Frauen-Tuchmantel feinste, reine Wolle, halb auf Seidenserge gefüttert, auf Taille gearbeitet nur M. 1600.—

Hocheleganter Damen-Mantel feinstes Tuch, Cape-Form, in sandfarbig, mit Peristepperei und Fransengarnierung . . . . . nur M. 2000.—

Kunstseidene Strickjacken in allen modernen Farben mit Streifengarnierung, sehr begehrt beim Tragen von hellen Kleidern . . . 1200.— 1000.— 900.— 750.—

Reizende Blusen von M. 95.— an.

Damen- und Backfisch-Sommerkleider nur diesjährige Neuheiten, Voile, Trikot, Seide, Wolle, Ripe,

Waschkrepp-Kleid weißgrundig nur M. 450.—

Batist-Kleid rosa mit Tupfen und schwarzer Bandgarnierung nur M. 650.—

Ein Teil oben angeführter Waren ist ausgestellt in unserem 2. Geschäft

H. Lohmann Nachf. Albertplatz.

Gebr. Riedel — Ecke Goethe- und Schützenstr.

Modenhäuser

H. Lohmann Nachf. — Albertplatz.

Café Wolf. Donnerstag, 1. Juni, 8 Uhr abends Garten-Konzert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Riesa.
Unser Telefon-Anruf ist ab 1. Juni **Nr. 176.**

Speisekartoffeln
verkauft im einzelnen und zentnerweise
H. Gruhle, Tel. 652.
Verkauf findet auf meinem Südteicher und Bismarckstraße 35a statt.

Eisen, Metalle, Möbel Lumpen, Papier
Felle aller Art, spez. Ziegen- u. Kaninfelle
kauft
Rohprodukten-Einkauf
Karl Hofmann, Gröba, Kirchstr. 32 Telef. 462.
An- und Verkauf von gebrauchten Möbeln und getragener Garderobe.

Achtung! **Täglich Einkauf** von Lumpen, Eisen, Metall, Papier usw. im Grundstück der Herren Gebr. Krumnau, Elbstraße Nr. 1.
Alfred Mann.

Stangenleinen
Bettdamast
Inlette
in allen Breiten.
Leinenhaus Ackermann.

Schöne
Speisekartoffeln
wieder eingetroffen.
Sonnabend fr. Spargel.
Striegler, Neuweida.

Großen Posten
Staudensalat
verkauft Gärtnerei Sterl.

Gurken- und Tomatenpflanzen
empfiehlt Gärtnerei Sterl

Schwarzer Gehrock
wie neu, preisw. zu verk.
Poppitzer Str. 19c, 3.

In den Sommermonaten beginnt meine Vormittagssprechstunde um 9 Uhr.
Dr. Stoerk, Facharzt für Ohr, Nase, Hals
Fernruf 318. Grossenhain, Frauenmarkt 27.

Vom 1. Juni 1922 ab kostet die Vollmilch im Kleinverkauf:
ab Ladengeschäft M. 7.60
ab Hof des Erzeugers M. 7.10
Die Magermilch kostet:
ab Ladengeschäft M. 3.60
Molkereigenossenschaft Riesa e. G. m. b. H.
Milchproduzenten Riesa.

Preis-Erhöhung!
Durch wiederholten hohen Preisaufschlag seitens der Brauereien sind wir gezwungen, ab 1. Juni 1922 folgende Preise festzulegen:
Helles Bier pro Glas 6 M.
Dunkles Bier pro Glas 7 M.
Gastwirts-Verein Riesa und Umg.

Brauchst Farben Du für Dein Logis,
Geh in die **Ankerdrogerie!**
Schablonen gibt's in jeder Breite,
Auch Bürsten, Pinsel, Lack und Kreide!
Emaille weiß wie Blütenschnee
Für Fenster, Blumentisch, Büffet!
Emaille schwarz auch für das Rad,
Sofern man es beschunden hat!
Stoffarben endlich für die Frau
In rot und grün, in schwarz und blau!

Riesaer Dampf-Wasch- und Plättanstalt
Paul Benkert, Riesa.

Da ich mit Ende dieser Woche **meinen Betrieb auflöse,** bitte ich, die noch bei mir befindlichen Wäscheposten möglichst **bis Sonnabend, den 3. Juni cr.** abzuholen.

Gleichzeitig gestatte ich mir Allen, insbesondere meiner langjährigen treuen Kundschaft für die während des nahezu 19jähr. Bestehens meiner Anstalt mir zuteil gewordene wohlwollende Unterstützung meinen **herzlichsten Dank** auszusprechen.

Paul Benkert.

Vereinsnachrichten

Kleinrentner-Verein. Freitag, den 2. Juni, nachm. 4 Uhr Versammlung im Café Möbius.

Wegen Geschäftsverlegung
nach Wettinerstr. 32 (früher Geschäftsräume der Allg. Deutschen Credit-Anstalt) bleibt mein Geschäft bis auf weiteres geschlossen.
Korbmöbelzentr. Emil Fechner.

50er Goldzigaretten für Händler und Wirte eingetroffen Fabriklager Dampfbad. Tel. 620.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und zahlreichen Geschenke anläßlich unserer Vermählung danken herzlichst.
Kl.-Zschepa, 27. Mai 1922.
Paul Teschner und Frau
Frieda geb. Eberhard.

Otto Wadewitz
Hedwig Wadewitz verw. gew. Stange
Vermählte
Fährhaus Bobersen, 31. Mai 1922.

Herzlichen Dank
allen denen, die bei der Krankheit und beim Hinscheiden unserer lieben Mutter, Frau
Amalie verw. Schneider
geb. Müller, uns zur Seite standen und allen, die ihr Beileid bezeugten.
Gohlis, 27. 5. 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ruhe sanft! Von langer Wand'rung müde,
Lege ab den ird'schen Wanderstab.
Ruhe sanft! Und sei'ger Gottesfrieden
Geleite Dich in's stille Grab.
Die Hand der Liebe deckt Dich zu,
Sanft sei Dein Schlaf und süß die Ruh!

Butterkühler
mit Wasserfüllung wieder eingetroffen.
A. Kuntzsch
Hauptstr. 60.

---

ff. **Schellfisch**
Seelache
Kabliau
Seesal
empf. Clemens Bürger.

Weizenmehl
Mandel-Ersatz
alle Sort. Rosinen
empfiehlt Th. Dockter.

F. R.
Morgen Donnerstag abends 8 Uhr
Uebung
nachdem Besprechung. D.C.

Meine Verlobung
mit Frl. Else Krischker, Riesa, Parkstr. 25, erkläre ich hiermit für
aufgehoben.
Paul Vogelgesang, Poppitz.

Für die überaus reiche herzliche Anteilnahme bei dem Hinscheiden unseres geliebten Kindes
Helene
sagen wir allen unsern tiefgefühltesten herzlichsten Dank.
Riesa, 31. 5. 1922.
Max Scheinpflug und Frau
nebst Hinterbliebenen.

Für die Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Vaters sagen im Namen aller Hinterbliebenen
herzlichsten Dank.
Riesa, 30. Mai 1922.
Klara und Selma Poldrack.

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Der Wortlaut der deutschen Antwort an die Reparationskommission.

Das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien vom Reichstage angenommen.

)(**Berlin, 30. Mai.** **Die der Reparationskommission am 29. d. M. durch die Deutsche Kriegslastenkommission in Paris übergebene Note hat folgenden Wortlaut:**

Berlin, den 28. Mai 1922.

Unter Bezugnahme auf Ihre Note vom 9. Mai d. J. und die Besprechungen, welche inzwischen in Paris stattgefunden haben, beehrt sich die Deutsche Regierung, in der Anlage einen Plan über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1922 mitzuteilen, der auf Grund eingehender Nachprüfung gemäß der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 und der erwähnten Note der Deutschen Regierung vom 9. Mai 1922 aufgestellt worden ist.

Die Erhöhung der Einnahmen gegenüber dem zur Zeit dem Deutschen Reichstag vorliegenden Haushaltsplan beruht auf einer erneuten Schätzung der deutschen Steuern einschließlich des Steuerkompromisses unter Berücksichtigung des in letzter Zeit ermittelten Aufkommens des vorangegangenen Jahres und der seit der letzten Schätzung fortgeschrittenen Geldentwertung.

Zu den Ausgaben wird folgendes bemerkt:

Die Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen sind beseitigt. Für die Lebensmittelverbilligung sind für das Jahr 1922 nur noch 950 Millionen gegenüber 17,2 Milliarden Mark im Jahr 1921 vorgesehen. Im übrigen sind die Subventionen und Subsidien, soweit es die Rücksicht auf bestehende Verpflichtungen und die Möglichkeit der Aenderung der Organisation zuließ, weggefallen und weitere Streichungen bei den Ausgabe-Ansätzen vorgenommen. Auf diese Weise sind im Haushalt 1922 gegenüber 1921 Ausgaben im Betrage von 24,5 Milliarden Mark abgesetzt worden.

Bei den außerordentlichen Haushalten der allgemeinen Reichsverwaltung und den Betriebsverwaltungen sind, wie die Schlußbemerkung zu dem anliegenden Plan ergibt, gegenüber den Ansätzen des Etats Ersparnisse in Höhe von mindestens 3 Milliarden Mark in Aussicht genommen.

Die Erzielung weiterer Ersparnisse innerhalb der Reichsverwaltung ist in die Wege geleitet. Um die Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zu sichern, hat die Deutsche Regierung neuerdings den Beschluß gefaßt, im Reichsfinanzministerium einen besonderen Kommissar zu bestellen.

Schwebende Schuld.

Die Deutsche Regierung ist entschlossen, sich aufs eifrigste zu bemühen, jedes weitere Anwachsen der schwebenden Schuld zu verhindern. Sie ist jedoch davon überzeugt, daß unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen solche Anstrengungen nicht durchgeführt werden können, wenn Deutschland nicht eine ausreichende Unterstützung im Wege einer äußeren Anleihe erhält.

Vorausgesetzt, daß diese Unterstützung binnen angemessener Frist verfügbar wird, unternimmt es die Deutsche Regierung, sich mit der Angelegenheit auf folgender Grundlage zu befassen:

1. Der Stand der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 gilt von jetzt ab als der normale Höchstbetrag.

2. Wenn am 30. Juni 1922 oder am letzten Tage eines der folgenden Monate der Betrag der schwebenden Schuld den normalen Höchstbetrag überschreitet, so werden Schritte getan werden, um sicherzustellen, daß die Ueberschreitung innerhalb der folgenden drei Monate zurückgezahlt wird und zwar entweder

a) mit Hilfe von Eingängen, welche die Ausgaben in den drei Monaten übersteigen, soweit solche Eingänge verfügbar sein sollten, oder

b) durch die Aufnahme von Krediten auf andere Weise als bei der Reichsbank und in einer Form, die nicht die Inflation erhöht.

Wenn trotz dieser Schritte der Betrag der schwebenden Schuld am Ende der drei Monate noch den normalen Höchstbetrag überschreitet, wird die Deutsche Regierung alsbald Vorschläge für den Ausbau des Steuersystems einbringen und alles tun, um ihre Annahme im Wege der deutschen Gesetzgebung zu erreichen mit dem Ziel, daß noch in dem jeweils laufenden Rechnungsjahr oder, wenn davon mehr als die Hälfte abgelaufen ist, binnen sechs Monaten ein Betrag beschafft wird, welcher nicht geringer ist, als die bereits vorhandene und jede bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich noch weiter entstehende Ueberschreitung.

Das vorstehende Verfahren unterliegt bis auf weiteres folgenden Maßgaben:

a) Solange noch keine Eingänge aus auswärtigen Anleihen zur Verfügung stehen, um die von der Deutschen Regierung in Erfüllung von Verpflichtungen auf Grund des Vertrages von Versailles seit dem 1. April 1922 in ausländischen Zahlungsmitteln geleisteten Zahlungen zu decken, wird für die Feststellung, ob und inwieweit eine Ueberschreitung des normalen Höchstbetrages vorliegt, ein Betrag in Höhe des Papiermark-Gegenwertes der vorläufig auf diese Weise nicht gedeckten Gesamtheit der genannten Zahlungen dem Stande der schwebenden Schuld vom 31. März 1922 hinzugerechnet.

b) Alle Eingänge aus auswärtigen Anleihen sollen zur völligen Rückzahlung dieses zum normalen Höchstbetrag hinzugerechneten Betrages verwandt werden, und zwar mit Vorrang vor allen anderen Verwendungszwecken, vorbehaltlich der auf Grund des Vertrages von Versailles in ausländischen Zahlungsmitteln zu begleichenden Verbindlichkeiten und solchen anderen Lasten, hinsichtlich derer die Reparationskommission auf Ersuchen der Deutschen Regierung ihre Zustimmung besonders erteilt.

Nachprüfungen.

Auf der Grundlage des Schreibens, das die Reparationskommission am 21. März 1922 an den Reichskanzler gerichtet hat, erklärt sich die Deutsche Regierung grundsätzlich mit den in diesem Schreiben vorgesehenen Nachprüfungen einverstanden. Sie geht dabei davon aus, daß diese Nachprüfungen die Souveränität Deutschlands nicht antasten, den geregelten Gang der Verwaltung nicht stören und in die durch das Steuergeheimnis geschützten Vermögensverhältnisse und Angelegenheiten der einzelnen Steuerpflichtigen nicht eindringen dürfen.

Was die Einnahmen anlangt, so wird die Deutsche Regierung dem Garantiekomitee ohne Verzögerung alle gesetzlichen oder reglementarischen Bestimmungen mitteilen; sie wird mit dem Garantiekomitee über die Maßnahmen zur Anwendung der Steuer- und Tarif-Gesetzgebung ins Benehmen treten und ihm alle notwendigen Erleichterungen zur Nachprüfung ihrer Ausführung gewähren.

Was die Ausgaben anlangt, so muß die Deutsche Regierung darauf hinweisen, daß es in Deutschland bereits eine Prüfung des Ausgabendienstes gibt, die dazu dient, Etatsüberschreitungen zu verhüten; sie ist bereit, die Wirksamkeit dieser Prüfung, soweit wie irgend erforderlich, zu verstärken. Die Deutsche Regierung wird dem Garantiekomitee jede Möglichkeit geben, sich über die Wirksamkeit der geübten Prüfung zu vergewissern.

Ueber die Einzelheiten der oben bezeichneten Nachprüfungen wird die Deutsche Regierung mit dem Garantiekomitee ins Benehmen treten.

Kapitalflucht.

Im Hinblick auf die starke Inanspruchnahme der Reichsregierung, insbesondere durch die Vorbereitung und Verabschiedung des Steuerkompromisses sowie auf die anschließende wochenlange Behinderung mehrerer ihrer Mitglieder durch die Verhandlungen der Konferenz in Genua ist es der Reichsregierung nicht möglich gewesen, die Frage neuer Vorschläge über Maßnahmen zur Rückführung geflüchteten Kapitals und zur Bekämpfung der Kapitalflucht abschließend zu klären. Sie ist aber mit der Reparationskommission darin einig, daß alles getan werden muß, um das angegebene Ziel zu erreichen.

Mit Rücksicht auf die zu erwartende Gestaltung der Verhältnisse mißt die Deutsche Regierung der Rückführung der geflüchteten Kapitalien besondere Bedeutung bei. Sie wird alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um die Rückführung im Wege einer äußeren oder inneren Anleihe zu erreichen. Im übrigen erklärt sich die Deutsche Regierung bereit, über die Einzelheiten einer Bekämpfung der Kapitalflucht mit dem Garantiekomitee ins Benehmen zu treten und auf Grund dieser Erörterung die Maßnahmen zu treffen, die geeignet erscheinen, die Kapitalflucht zu verhindern.

Die Deutsche Regierung wird der Reparationskommission vor dem 30. Juni 1922 das Programm für die oben erwähnten Maßnahmen mitteilen.

Autonomie der Reichsbank.

Die volle Unabhängigkeit der Reichsbank gegenüber der Deutschen Regierung ist durch das Gesetz vom 26. Mai d. J. sichergestellt.

Statistik.

Die Deutsche Regierung hat angeordnet, daß die statistischen Veröffentlichungen wieder auf der Basis der Vorkriegszeit erfolgen; sie wird dem Garantiekomitee eine Aufzeichnung über den gegenwärtigen Stand dieser Veröffentlichungen mitteilen und schlägt vor, die auf dem Gebiete der Statistik liegenden Fragen mit dem Garantiekomitee im einzelnen zu erörtern.

Bei Abgabe der vorstehenden Erklärung geht die Deutsche Regierung davon aus, daß die Reparationskommission die in der Entscheidung vom 21. März 1922 für das Jahr 1922 vorgesehene Regelung der Reparationsleistungen nunmehr für endgültig erklären wird.

gez. **Dr. Wirth.**

Der in der Note erwähnte **Plan** über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Rechnungsjahr 1922 hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

I. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben der allgemeinen Reichsverwaltung.

Einnahmen:

	Beträge in Milliarden Mark
Der Voranschlag für 1922 schloß nach dem bisherigen Ergebnis der Schätzungen ab mit . . .	115,5
Im Hinblick auf die Veränderung des Geldwertes und unter Berücksichtigung der in letzter Zeit getroffenen Feststellungen über den Eingang der Steuern ist für 1922, einschließlich der Einnahmen aus der Zwangsanleihe, mit Mehrerträgen zu rechnen in Höhe von rund . . .	79,2
zusammen:	194,700

Ausgaben:

	Beträge in Milliarden Mark
Nach dem bisherigen Ergebnis waren die Ausgaben des ordentlichen Haushalts für 1922 geschätzt auf:	99,0
Hierzu treten infolge der Erhöhung der Teuerungszuschläge für die Beamten und Angestellten, der Mehrüberweisungen an die Länder und Gemeinden aus Anlaß der Besoldungserhöhungen und der Mehraufwendungen für die gesetzlichen Anteile der Länder und Gemeinden an den Steuererträgen Mehrausgaben in Höhe von	24,875
Gesamtausgabe für 1922:	123,875

Abschluß:

Gesamteinnahme für 1922	194,700
Gesamtausgabe für 1922	123,875
Ueberschuß:	70,825

II. Ausführung des Friedensvertrages. (Ausgaben und ihre Deckung.)

Ausgaben:

	Beträge in Milliarden Mark
Der Voranschlag des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrags für das Rechnungsjahr 1922 schloß nach den Veröffentlichungen von Ende Januar 1922 mit folgenden Ausgaben ab:	
im ordentlichen Haushalt mit	147,687
im außerordentlichen Haushalt mit	39,844
	187,531

Dieser Berechnung lagen zugrunde die Ziffern des Londoner Zahlungsplanes und ein Umrechnungsverhältnis von 45 Papiermark für eine Goldmark. Auf Grund der Note der Reparationskommission vom 21. März 1922 wurde Ende April 1922 unter Anwendung eines Umrechnungsverhältnisses von 70 Papiermark für eine Goldmark eine neue Berechnung des Haushalts für die Ausführung des Friedensvertrages aufgestellt. Trotz der gegenüber dem Londoner Zahlungsplan niedrigeren Ziffern für Reparationsleistungen waren nunmehr infolge der Geldentwertung erforderlich:

im ordentlichen Haushalt	163,159
im außerordentlichen Haushalt	63,310
	226,469
Auf Grund neuerer Berechnungen können Kürzung. vorgenommen werden in Höhe von	13,500
Bleibt Bedarf	212,969
Zur Deckung dieses Betrages steht nach Teil I ein Betrag zur Verfügung von	70,825
Es bleibt somit ein Fehlbetrag von	142,144

Bei Würdigung dieses Fehlbetrages muß beachtet werden, daß:

1. aus naheliegenden Gründen ein ziemlich großer Teil des für die Bezahlung der Sachleistungen vorgesehenen Betrages nicht ausgegeben werden wird,
2. u. a. folgende Beträge für reine Goldzahlungen vorgesehen sind:

a) Reparationsbarzahlungen	50,4 (720 Mill. × 70)
b) Ausgaben für das Ausgleichsverfahren, soweit der äußere Ausgleich in Betracht kommt	31,2
c) Ausgaben für interalliierte Kommissionen	1,343
zusammen	82,943

3. in den Ausgabensätzen von 11,002 Milliarden (Ziff. 1 der obigen Zusammenstellung, innere Ausgaben aus Anlaß der Ausführung des Friedensvertrags) ein Betrag von 5 Milliarden enthalten ist, der nicht in bar ausgegeben wird. Es handelt sich um eine Ermächtigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen und Schatzanweisungen (vgl. Kap. 7 Tit. 5 des außerordentl. Haushalts), für deren Einlösung, soweit eine solche noch im Laufe des Rechnungsjahres 1922 erfolgen sollte, ein besonderer Ausgabebetrag in Höhe von 1,5 Milliarden bei Kap. 5 Tit. 3 Ziffer 6 des ordentl. Haushalts vorgesehen ist.

III. Schlußbemerkung.

In dem Entwurf des Haushaltsgesetzes sind bisher folgende außerordentliche Ausgaben vorgesehen:

	Beträge in Milliarden Mark
a) bei der allgemeinen Reichsverwaltung	3,110
b) bei der Eisenbahnverwaltung . . .	16,986
c) bei der Postverwaltung	2,466
zusammen	22,562

In Anbetracht der Geldentwertung und im Verhältnis zum Anlagekapital der Betriebsverwaltungen sind diese Beträge gering. Bei der Eisenbahnverwaltung handelt es sich übrigens vornehmlich um Ergänzung des rollenden Materials, die infolge des Krieges und des Vertrages von Versailles notwendig ist.

Die Reichsregierung hat geprüft, inwieweit noch während des Rechnungsjahres 1922 Ersparnisse erzielt werden können. Dies wird bei der allgemeinen Reichsverwaltung insoweit der Fall sein, als sich durch die Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung die Ausgaben für die Erwerbslosenfürsorge ermäßigen werden, wenn nicht etwa eine Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer Vermehrung der Erwerbslosen führen sollte. Bei der Eisenbahnverwaltung ist in Aussicht genommen, daß durch äußerste Einschränkung der geplanten Bauten und Beschaffungen drei Milliarden erspart werden.

Im Anschluß an die Note werden der Reparationskommission noch Mitteilungen über den Zwangsanleihe-Gesetzentwurf zugehen.

Deutscher Reichstag.

wtb. **Berlin**, 30. Mai, vormittags 11 Uhr.

Sondersitzung des Reichstags zum deutsch-polnischen Abkommen über Oberschlesien.

Die Sitzung kennzeichnet sich schon äußerlich als Kundgebung der Trauer über die Losreißung des größten Teils von Oberschlesien. Die Fahnen des Reichstags wehen auf Halbmast. Im Saale hängt gegenüber dem Präsidentenplatz das weiß-gelbe Banner Schlesiens mit dem schwarzen schlesischen Adler von Trauerflor umsäumt.

Die erste Beratung

des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien

wird ohne jede Aussprache erledigt.

In der zweiten Lesung berichtet Abg. **Hoetzsch** (Dnat.) über die Ausschußberatungen. Die von der Entente diktierte Lösung der oberschlesischen Frage sei von allen Parteien als ein Bruch des Friedensvertrages bezeichnet worden, gegen den feierlich Protest eingelegt worden ist. Der Ausschuß danke den deutschen Unterhändlern in Genf, vor allem auch dem Leiter der Unterhandlungen, dem Schweizer Staatsmann Calonder. Redner betont, daß die Genfer Verhandlungen unter dem tragischen Zwang für Deutschland standen, im Interesse der deutschen Bevölkerung der losgerissenen Lande diesen deutsche Kraft und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zugute kommen zu lassen. Der Ausschuß rufe den Deutschen in dem jetzt polnisch gewordenen Gebiet zu: Bleibt in diesem Lande, nutzt aus die großen Rechtssicherungen, die hier in mühseliger Arbeit gegeben worden sind! Stellt damit die Grundlage des kulturellen und wirtschaftlichen Deutschtums in dem jetzt polnisch gewordenen Lande dar! Der Ausschuß empfiehlt die Annahme des Abkommens und spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die polnische Regierung das Abkommen mit derselben Loyalität durchführen werde als die Deutschen. Redner schließt unter allgemeinem Beifall mit herzlichen Abschiedsworten an die von Deutschland losgerissene Bevölkerung, mit der Deutschland immer geistig verbunden bleiben werde. Schließlich beantragt der Ausschuß, die von Dr. Schiffer in Genf und vom Reichsrat ausgesprochene Rechtsverwahrung gegen die Losreißung Oberschlesiens zu wiederholen. (Beifall.)

Reichskommissar Dr. Schiffer

führt aus, der Vertrag sei natürlich kein vollkommenes Instrument, wie es überhaupt unmöglich sei, die dem deutschen Volkskörper durch Gewalt zugefügte Wunde durch juristische Medikamente zu heilen. Mit der Unterzeichnung könne die Vergangenheit nicht ausgelöscht werden. Diese Unterzeichnung bedeute keinen Abstrich von unserer Rechtsverwahrung. (Beifall.) Dr. Schiffer schildert noch einmal das Zustandekommen der Teilung Oberschlesiens, weil über alle diese Dinge nicht Gras wachsen dürfe. Der Gedanke der Völkerversöhnung und des Friedens dürfe nicht dazu benutzt werden, aus Unrecht Recht zu machen und als Deckmantel für krasse Gewalt. Wir rufen den losgerissenen Volksgenossen zu: Erfüllt Eure Staatsbürgerpflicht unter polnischer Regierung! aber unbeschadet dieser Pflichten könnt Ihr Euer deutsches Leben weiterführen, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in kultureller und in ideeller Hinsicht. Arbeitet weiter, aber bleibt auch im fremden Lande gute Deutsche! (Lebhafter Beifall.)

Abg. **Szczeponik-Nikolai** (Oberschlesien, Z.) spricht im Namen der losgerissenen deutschen Bevölkerung Oberschlesiens einige Worte des Abschieds: Wir haben aus Vaterlandsliebe und Rechtssinn für Deutschland gestimmt. Der Völkerbundsrat hat den Willen der deutschen Mehrheit mißachtet und den lebendigen, einheitlichen Organismus Oberschlesiens zerrissen. Ueber 400 000 deutschfühlende Bewohner werden durch eine willkürlich gezogene Grenze zu polnischen Staatsbürgern gemacht. Wir werden unsere Staatsbürgerpflicht erfüllen, aber unser deutsches Volkstum werden wir nicht aufgeben! Die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum kann uns kein Machtspruch aus dem Herzen reißen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. **Okonsky** (Soz.) erklärt die Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Abkommen, schließt sich dem

SLUB
Wir führen Wissen.

Protest gegen die Vorbereitung oberschlesischen Gebiets an und versichert unter lebhaftem Beifall, daß auch die zu polnischen Staatsbürgern gewordenen Oberschlesier sich immer mit deutschem Volkstum verbunden fühlen würden.

Abg. Ulitzka (Z.): Das Zentrum wird für das Abkommen stimmen, wiederholt aber bei dieser Gelegenheit den entschiedenen Protest gegen die Teilung Oberschlesiens, die juristisch ein Rechtsbruch, politisch eine Torheit und wirtschaftlich ein Verbrechen ist.

Reichskanzler Dr. Wirth

spricht in kurzen Ausführungen den Dank der Reichsregierung für die Arbeit der deutschen Unterhändler in Genf aus. Er dankt den Kollegen Schiffer, Lewald und Dr. Simons, sie alle hätten sich von dem Gedanken leiten lassen, daß in Mitteleuropa genug Ruinen geschaffen worden sind und daß es jetzt gelte, dieses Mitteleuropa vor Zerrüttung und Zusammenbruch zu retten. Daß sie in endlosen Verhandlungen Rechte des Volkes, Schutz und Sicherung der sozialen Errungenschaften für die oberschlesische Arbeiterschaft gewahrt hätten, dafür werde ihnen nicht nur das deutsche Volk, sondern ganz Europa zu Dank verpflichtet sein. Diesen Dank dehne er aus auf die gesamte oberschlesische Bevölkerung. Was sie im Laufe der Jahre erduldet habe, sei ein Leidensweg gewesen. Gewiß hätten auch gegenüber der brutalen Gewalt, die im polnischen Aufstand verübt wurde, oberschlesische Männer in ehrlicher Aufwallung und mit gutem Recht sich zur Verteidigung der Heimaterde zur Wehr gesetzt. Niemand könne ihnen das verwehren. Ehre gebühre dem Andenken der Gefallenen. Das heute vorliegende Gesetzeswerk solle dem Frieden in Oberschlesien und dem Gedanken der Verständigung in ganz Mitteleuropa dienen. Er bitte, das Gesetz anzunehmen, um auch der oberschlesischen Bevölkerung, die keine Katastrophe wolle, nicht neue Ruinen, sondern den Frieden zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Frau **Sender** (Unabh.) protestiert gegen die Teilung Oberschlesiens, weil über die Menschen wie über Ware verfügt worden sei, sie lehnt jeden Imperialismus ab, auch in Deutschland, und macht die frühere deutsche Regierung für die Schaffung des Königreichs Polen verantwortlich. Sie stimmt dem Abkommen zu, lehnt aber die Rechtsverwahrung ab.

Abg. **Hergt** (Dnat.) lehnt den Vertrag aus grundsätzlichen Bedenken ab, stimmt der Rechtsverwahrung des Ausschusses zu und schließt unter lebhaftem Beifall der Rechten mit der Versicherung, das deutsche Volk werde nicht ruhen, bis der geraubte Teil des auf ewig ungeteilt und deutschbleibenden oberschlesischen Landes wieder mit der deutschen Heimat vereinigt sei.

Abg. **v. Rheinbaben** (DVp.) lehnt den aus dem Diktat der Botschafterkonferenz entstandenen Genfer Vertrag ab und schließt wie Vorredner mit der Aufforderung an die losgerissenen Oberschlesier, fest zu bleiben im unbeirrbaren Glauben an den Tag der Wiedervereinigung mit dem deutschen Vaterland. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Pohlmann** (Dem.) wiederholt die feierliche Rechtsverwahrung seiner Partei gegen die Entscheidung der Botschafterkonferenz und dankt der losgerissenen Bevölkerung für die Deutschland bewiesene Treue, die über die staatsbürgerliche Trennung hinausdauern würde. Dem Vertrag stimmt Redner zu.

Abg. **Emminder** (BVp.) gibt eine ähnliche Erklärung ab.

Abg. **Höllein** (Komm.) erklärt, den nationalistischen Rummel nicht mitzumachen, worauf die meisten Abgeordneten der Rechten unter Pfuirufen den Saal verlassen. Redner lehnt den Genfer Gewaltvertrag ebenso ab, wie seinerzeit den Versailler Raubvertrag.

Hierauf wird das Abkommen in zweiter und dritter Beratung mit zwei Drittel Mehrheit gegen die Rechte und Kommunisten angenommen.

Präsident **Löbe** knüpft an die Feststellung der Annahme Worte der Trauer über den Verlust Oberschlesiens, die von Abgeordneten und Regierungsvertretern stehend angehört werden. Nur die Kommunisten und Unabhängigen bleiben sitzen. Der Präsident schließt mit den Worten: In Not getrennt, in Treue vereint! Unvergänglich möge diese Treue hüben und drüben sein, unvergänglich auch die Rechtsverwahrung, welche die deutsche Regierung gegen die Teilung Oberschlesiens eingelegt hat. (Lebhafter Beifall.)

Nach debatteloser Annahme der mit dem Vertrag zusammenhängenden Rechtsabkommen wird nach 1 Uhr die Vormittagssitzung geschlossen.

* * *

Zweite Sitzung.

wtb. Berlin, 30. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst **kleine Anfragen.**

Auf eine Anfrage des Abg. v. **Schach** (DVp.) bestätigt ein **Regierungsvertreter**, daß der Bericht des „Vorwärts" über die **Erschießung eines deutschen Arbeiters Wagner in Bogenheim** am Rhein **durch einen französischen Besatzungssoldaten zutreffe.** Der Täter sei zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auf die durch den deutschen Botschafter gestellten Rechtsansprüche der Hinterbliebenen stehe eine Antwort der französischen Regierung noch aus. Inzwischen werde für die Hinterbliebenen aus deutschen Mitteln gesorgt.

Auf eine Anfrage des Abg. **Mosk** (DVp.) wegen der **Tötung eines 13jährigen Mädchens in Duisburg durch einen belgischen Gendarmen** wird **regierungsseitig** mitgeteilt, daß der Täter zu 7 Jahren Zuchthaus, Degradation und Geldstrafe verurteilt worden sei.

Sodann wird die

Aussprache über Genua

fortgesetzt.

Abg. **Hötzsch** (Dnat.): Die deutsche Reichsregierung behandelt leider das Reparationsproblem in ähnlicher Weise, wie die Genueser Konferenz, weil sie uns über ihre Absichten bei den Pariser Reparationsverhandlungen im Unklaren läßt. Das sieht so aus, als wenn sie nicht den Mut hätte, ihre Absichten vor dem Reichstag zu vertreten. Wir stellen deshalb folgenden **Antrag:**

Der Reichstag mißbilligt, daß die Regierung bei den Verhandlungen über die Reparationsfrage in einer Weise verfährt, die mit den Rechten und der Verantwortlichkeit des Reichstags nicht vereinbar ist. Unter diesen Umständen versagt der Reichstag der Regierung das nach der Verfassung erforderliche Vertrauen. (Beifall rechts.)

Redner weist darauf hin, daß im Gegensatz zu dem Vernichtungswillen Poincarés und der französischen Kammermehrheit in der Welt deutlich eine politische Verschiebung zu beobachten sei, die auf eine Isolierung Frankreichs hinauslaufe. Demgegenüber hat es bei den Verhandlungen sowohl an der Fühlung mit dem Reichstag sowie auch an der Fühlung zwischen den einzelnen Regierungsstellen gefehlt. Es ist nicht wahr, daß die Inflation durch deutsche Mißwirtschaft verursacht ist. Sie kann nur durch eine Herabsetzung der unerträglichen Reparationslasten eingeschränkt werden. Die Regierung hat erklärt, daß die Steuerleistung nicht noch weiter angespannt werden kann. Wie verträgt sich das mit den Abmachungen in Paris? Wir haben auch noch nichts gehört über den eigentlichen Zusammenhang zwischen Anleihe und Reparation. Aber die Verpflichtungen von Cannes sollen bestehen bleiben und damit der für uns so verhängnisvolle Zusammenhang zwischen Goldzahlung und Teuerung. Wir protestieren gegen die Reparationsabmachungen in der Richtung, wie sie jetzt in Paris eingeschlagen ist. **Goldzahlungen sind für uns jetzt unmöglich.** Die Regierung ist aber bereit, auch jetzt wieder unerfüllbare Verpflichtungen auf sich zu nehmen. Das lehnen wir ab und sprechen der Regierung zu dieser Frage unser schärfstes Mißtrauen aus. Ehe nicht unter den Wirrwarr der internationalen Verschuldung ein Strich gemacht ist, kann von einem Gottesfrieden keine Rede sein. Den Abschluß des Rapallo-Vertrages halte ich persönlich für richtig und zweckmäßig. Wir haben stets ein Zusammengehen mit Rußland gefordert, aber für den Nationalbolschewismus ist bei uns kein Platz. Auch darf die Ostgrenze dem Strom der Ostjuden nicht schrankenlos geöffnet werden. Wir verlangen von der Regierung Aktivität in der Frage der Klärung der Kriegsschuld, vor allem aber in der Frage der Reparationen.

Die **Abstimmung** über das **Mißtrauensvotum** wird auf **Mittwoch** zwischen 12 und 1 Uhr zurückgestellt.

Abg. **Crispien** (Unabh. Soz.) macht den deutschen Kapitalisten unter dem lebhaften Protest der Volkspartei den Vorwurf, sie wünschen selbst eine Besetzung des Ruhrgebiets. Der Kapitalismus sei international. Gegen den Rapallovertrag an sich sei nichts einzuwenden, aber die Methode bei seinem Abschluß könnte nicht gebilligt werden. Die Heimlichtuerei der Diplomatie habe nur schädliche Wirkungen. Mit kapitalistischen Mitteln könne die Weltkrise nicht gelöst werden, sondern nur durch die Solidarität des internationalen Proletariats. Bis dahin unterstütze die unabhängige Partei jede Politik, die im Sinne der Völkerversöhnung liegt und sich von Katastrophenpolitik fernhält.

Abg. Dr. **Becker** (D. Vp.) bestreitet gegenüber dem Abg. Marx, daß die für Deutschland erzielten Fortschritte Erfolge der Erfüllungspolitik seien und weist die Angriffe des Abg. Crispien gegen seine Partei zurück. Wenn das Mißtrauensvotum der Deutschnationalen die Regierung verhindern solle, überhaupt in Paris zu verhandeln, so wäre ein solcher Eingriff in die schwebenden Verhandlungen ein ungewöhnliches Verfahren des Reichstags. Seine Partei behalte sich ihre Abstimmung vor, bis sie klarer sehen könne. Redner bedauert, wenn seine Partei auch keine großen Hoffnungen auf Genua gesetzt hatte, daß die Ausschaltung der Reparationsfragen der Konferenz den Hauptwert genommen habe. Der Rapallo-Vertrag habe nur deshalb wie eine Bombe eingeschlagen, weil man von ihm eine Abkehr von der bisherigen und eine Wendung zur Ostpolitik erwartete. Seine Partei stehe dem Vertrag an sich nicht ohne Bedenken gegenüber, die sie bei geeigneter Gelegenheit vorbringen werde. Von Rußland aber müsse man verlangen, daß es nunmehr normale Rechtszustände schaffe und die bolschewistische Propaganda in Deutschland einschränke. Auch gegen die Methoden der Pariser Verhandlungen seien Bedenken vorzubringen. Die Zwangsanleihe decke doch nur in diesem Jahre einen Teil der Leistung und eine weitere Zwangsanleihe oder innere Anleihe sei doch wirtschaftlich unmöglich. Auch die steuerliche Belastung des deutschen Volkes sei das Höchstmaß dessen, was der deutschen Wirtschaft zugemutet werden könne. Die trotzdem von der Regierung gegebenen neuen Zusagen könnten demgemäß das Vertrauen zu Regierungserklärungen nicht gerade stärken (Rufe bei den Unabh.: Sie wollen also die Ruhrbesetzung!). Wer die Leiden der Besetzung kennt, betet immer: Gott erlöse uns von dem Uebel! Trotzdem wäre vielleicht diese Lösung noch dem jetzigen System vorzuziehen, wo eine Erpressung der anderen folgt. Jetzt sei der günstigste Moment, das Reparationsproblem aufzurollen und die Aufhebung der unberechtigten Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort zu verlangen. Amerika werde hoffentlich seine gewichtige Stimme dafür erheben. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.): Ueber die Pariser Reparationsverhandlungen sind die Parteien von der Regierung sehr eingehend unterrichtet worden. Wer hier aus lieber Gewohnheit ein Mißtrauensvotum mit angeblichen Verstößen gegen das parlamentarische System begründen will, der kennt das parlamentarische System nicht. Redner begrüßt den Rapallo-Vertrag, der dem Geist von Genua entspreche, von dem bei den übrigen Mächten recht wenig zu spüren war. Da die Bedingungen für Anleihen nicht vom Schuldner sondern vom Gläubiger gemacht werden, müssen wir uns auf schwere Bedingungen gefaßt machen. Jedenfalls muß für eine langfristige Anleihe, da uns eine kurzfristige nichts nützt, erst die Grundlage durch eine Neuordnung des Reparationsproblems geschaffen werden (Beifall).

Abg. **Böhm** (Bayer. Vp.) begrüßt den Abschluß des Rapallo-Vertrages und stimmt dem Reichskanzler darin zu, daß die Politik der Termine endlich aufgegeben werden mußte.

Abg. **Fröhlich** (Komm.) Die vom Minister Hermes in Paris gemachten Vorschläge veranlassen uns, der Regierung das schärfste Mißtrauen auszusprechen. Diese Politik liefert die deutsche Arbeiterschaft vollständig dem ausländischen Kapitalismus aus.

Abg. **Jäker** (Soz.) protestiert im Namen der Bevölkerung des besetzten Gebietes gegen die, trotz Unterzeichnung des Londoner Ultimatums aufrecht erhaltenen militärischen Sanktionen, die sich auf kein Recht stützen, vielmehr lediglich der Ausfluß nackter Gewalt und militärischer Willkür seien.

Damit schließt die Aussprache über Genua.

Morgen vormittag 11 Uhr Abstimmung über das Mißtrauensvotum und kleine Vorlagen.

Frankreich und die Haager Konferenz.

„Petit Journal" schreibt über die **französische Stellungnahme zur Konferenz im Haag:** Es bestätigt sich, daß die Regierung von Washington sich streng an die Erklärungen halten wird, die sie in Genua durch Vermittelung ihres Botschafters Child hat übergeben lassen. Unter diesen Umständen fällt es der französischen Regierung schwer, mit Washington über eine gemeinsame Haltung zu verhandeln. Das Blatt glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß Poincaré das Parlament wissen lassen werde, daß er an der Konferenz im Haag nur teilzunehmen beabsichtige, wenn ganz bestimmte Bedingungen von den anderen Regierungen angenommen würden. Diese Bedingungen würden die formelle Ausschaltung des in Genua von den Russen als Grundlage für neue Verhandlungen eingereichten Memorandums und die Annahme des die Wiederherstellung des Privateigentums verbürgenden Textes durch alle Mächte mit einschließen. Da sehr wenig Aussicht besteht, daß diese Bedingungen in London angenommen werden könnten, wird es, falls das Parlament den Plan der Regierung gut heißt, als sicher betrachtet, daß Frankreich sich der Teilnahme an der Konferenz enthalten wird.

Nach dem „Newyork Herald" erklärten Beamte am Quai d'Orsay gestern, Poincaré werde darauf bestehen, daß die im Haag zusammentretenden Delegierten als Sachverständige, nicht als Diplomaten und Politiker anerkannte Persönlichkeiten seien. Nach dem Blatt wird es als möglich angesehen, daß Frankreich sich entschließe, entsprechend der amerikanischen Taktik sich bei den alliierten und neutralen Beratungen zwischen dem 15. und 26. Juni durch einen inoffiziellen Referenten vertreten zu lassen, und selbst diesen zurückzuziehen, wenn die Verhandlungen mit den bolschewistischen Sachverständigen beginnen.

Lord Derby über Englands Außenpolitik.

Aus London wird gemeldet: Lord Derby kritisierte in einer Rede die Methoden der **auswärtigen Politik Großbritanniens** und sagte: Die Genueser Konferenz sei von den Russen und sonst von niemand andern torpediert worden. Er fragte nach dem augenblicklichen Stand der Verhandlungen über den englisch-französischen Pakt und meinte, Amerika habe es seinerzeit abgelehnt, den Garantiepakt zu ratifizieren. Er verstehe wirklich den amerikanischen Standpunkt nicht. Amerika scheine lieber Ratschläge zu geben, als eine Verantwortung zu übernehmen. Ueber die Reparationsfrage sagte Lord Derby, der Versailler Vertrag müsse als etwas Heiliges angesehen werden. Er wolle wissen, was Deutschland zahlen könne, nicht was Deutschland sage, daß es zahlen könne.

Die internationale Reparationsanleihe.

Einem Berichterstatter der „Chicago Tribune" soll ein **einflußreicher amerikanischer Bankier** gestern erklärt haben, der Zinssatz der **internationalen Reparationsanleihe** würde verhältnismäßig niedrig sein, die **Papiere würden** keinerlei spekulativen Anreiz bieten und die Frage der ausreichenden Garantien würde schwierig sein. Wir nehmen nicht an, sagte nach dem Blatt der Gefragte, daß die Anleihe für den kleinen amerikanischen, englischen oder holländischen Geldbesitzer vorteilhafter sein wird, als Aktien eines gesunden lokalen Unternehmens, die wahrscheinlich höhere Zinsen tragen würden. Trotzdem werden die großen Bank- und Geschäftsunternehmungen in Amerika, England, Frankreich, Italien und Belgien und in den neutralen Ländern die Anleihe stark unterstützen, weil sie einsehen, daß ein Anreiz für den internationalen Handel geschaffen werden muß und weil sie wissen, daß in dieser Beziehung die Anleihe wirksamer sein wird als irgend etwas anderes.

Die Interpellationsdebatte in der französischen Kammer.

Die französische Kammer setzte gestern die **Interpellationsdebatte** fort. Abg. **Marcel Cachin** (Komm.) sprach über die Folgen der Konferenz von Genua und erinnerte an die Notlage Europas. Die Konferenz von Genua habe keine Lösung der wirtschaftlichen Hauptprobleme gebracht. Zum Schluß wandte sich Cachin gegen die Rede Poincarés in Bar-le-Duc und gegen die Gewaltpolitik. Abg. **Accambrai** fragte, ob die Regierung nicht die französischen Truppen länger in Oberschlesien belassen könne. Ministerpräsident **Poincaré** erwiderte: Wir sind nach dieser Richtung durch den Vertrag gebunden. **Maurice Barrès** führte aus, wenn das wirtschaftliche Leben wieder aufgenommen werden solle, so sei Vertrauen nötig. Wie könne man die Gefahren verkennen, die sich aus dem Vertrage mit Rußland ergäben! Die Heilung finde man im Vertrage von Versailles. Barrès lenkte die Aufmerksamkeit der Regierung und der Kammer auf eine Kampagne hin, die in Frankreich selbst in den Zeitungen geführt werde, deren Redakteure offenkundig Agenten Deutschlands seien. Ministerpräsident **Poincaré** erklärte: Gesetzlich können augenblicklich diese Verfolgungen zu nichts führen. Ich füge aber hinzu, daß die Regierung sich mit der Frage beschäftigt. Abg. **Marcel Sembat** (Soz.) erinnerte daran, daß der englische Premierminister sich energisch dagegen verwahrt habe, die öffentliche Meinung Englands in einem Frankreich ungünstigen Sinne zu beeinflussen oder die englisch-französische Entente brechen zu wollen. Die besten Freunde Frankreichs in England behaupteten, daß Frankreich seine Politik ändern müsse, wenn es die Freundschaft mit England erhalten wolle. Er beglückwünsche die Regierung, daß der nicht wieder gutzumachende Fehler der Ruhrbesetzung vermieden werde. Sembat fragte Poincaré, ob nicht Männer seiner Autorität erklären wollten, daß Frankreich ein friedliches Land sei, und machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie nur zu einem rein defensiven Ziele gelangt sei. Sie hätte die Entwaffnungs- und die Reparationsfrage zur Diskussion zulassen müssen und könne nicht zu gleicher Zeit von Deutschland Bezahlung verlangen und es ruinieren. Schließlich fragte er Poincaré, ob er die Erklärung Noblemaires über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund annehme. Die Antwort **Poincarés** lautete, dem Abgeordneten werde seinerzeit die Instruktion der Regierung übermittelt werden. — Die Weiterberatung wurde dann auf Donnerstag vertagt.

Ein Brief Poincarés an den russischen Zaren.

Die Pariser kommunistische „Humanité" veröffentlicht einen Brief Poincarés an den russischen Zaren vom 20. März 1913, für dessen Echtheit man dem Blatt die Verantwortung überlassen muß. Nach der Darstellung der „Humanité" sollte er das Beglaubigungsschreiben Delcassés bei dessen Amtsantritt als Botschafter in Petersburg ergänzen. Das Schriftstück ist zum Teil in Faksimile wiedergegeben. Es heißt darin: Als ich im vergangenen Jahr die Ehre hatte von Eurer Majestät in Peterhof empfangen zu werden, hatte ich die hohe Aufmerksamkeit Eurer Majestät auf die Frage gelenkt, wie nützlich es nach Ansicht unserer Generalstäbe wäre, den Bau gewisser Schienenwege an der Westgrenze des russischen Reichs zu beschleunigen. Die große militärische Anstrengung, die die französische Regierung auf sich zu nehmen beabsichtigt, um das Gleichgewicht der europäischen Mächte aufrechtzuerhalten, läßt heute die entsprechenden Maßnahmen besonders dringlich erscheinen, über deren Notwendigkeit die Generalstäbe der beiden Länder sich geeinigt haben. Herr Delcassé wird Eurer Majestät und Ihrer Regierung von diesen wichtigen Fragen, wie von allen denen sprechen, die die Auswirkung der Allianz betreffen, um uns die Möglichkeit geben zu können, mit größerer Sicherheit über die Erhaltung des Friedens zu wachen.

Die Aufnahme des Handels mit Rußland.

Wie das Berliner 12 Uhr-Blatt erfährt, ist Montag in Berlin **eine 30-Millionen-Gesellschaft** gegründet worden, der neben Stinnes und Krupp noch andere Mitglieder der Schwerindustrie angehören. Zweck der Gesellschaft ist die **Aufnahme des Handels mit Rußland.** Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Moskau und Berlin.

Die Prüfung der deutschen Antwortnote.

Die Reparationskommission erklärte sich bei der Prüfung der deutschen Antwortnote von den Teilen der deutschen Antwortnote, die das Gleichgewicht des deutschen Haushaltes, die schwebende Schuld, die Einrichtung der Finanzkontrolle, die Maßnahmen gegen die Kapitalsflucht betreffen, durchaus befriedigt. Ferner erklärt die Reparationskommission, daß dagegen der Teil der Note, der die Stellung der Reichsbank und die Schuldenstatistik behandelt, von der Reparationskommission nachgeprüft werden müsse.

Vermischtes.

Spuren eines Frauenmordes. Einen grausigen Fund machte die Kriminalpolizei in Hamburg in dem Hause Große Marienstraße 69 in Altona. Den Bewohnern des Hauses war seit einiger Zeit aufgefallen, daß aus einer nur aus Stube und Küche bestehenden Wohnung ein mit der Hitze stärker werdender übler Geruch kam. Als man die Wohnung öffnete, fand man in dem Zimmer eine Reihe von Leichenteilen. Sämtliche Teile waren schon stark in Verwesung übergegangen. Der Inhaber der Wohnung, der Arbeiter Franz Rommerskirchen, befindet sich seit einiger Zeit wegen Zuhälterei in Untersuchungshaft. Er wurde im Gefängnis vernommen und legte ein volles Geständnis ab. Er gibt zu, das Mädchen vor seiner Verhaftung in seiner Wohnung erwürgt zu haben.

SLUB
Wir führen Wissen.